

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 28. Juli 2008

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47, 48, 49
Brähmig, Klaus (CDU/CSU)	31, 32, 33, 34	Michalk, Maria (CDU/CSU)	41
Brüderle, Rainer (FDP)	15	Möller, Kornelia (DIE LINKE.)	25, 26
Brunkhorst, Angelika (FDP)	22	Parr, Detlef (FDP)	35, 36, 37
Claus, Roland (DIE LINKE.)	28	Pau, Petra (DIE LINKE.)	2, 3, 4, 9
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	10, 11	Schäffler, Frank (FDP)	20, 21
Friedrich, Horst (Bayreuth) (FDP)	43, 44	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	27
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	29, 30	Dr. Stadler, Max (FDP)	13
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39, 40	Staffelt, Grietje (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	45	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	16, 17	Toncar, Florian (FDP)	14
Homburger, Birgit (FDP)	1	Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	50
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	12	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	23
Koppelin, Jürgen (FDP)	18, 19		
Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	24		

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern
Homburger, Birgit (FDP) Im Rahmen des Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ von den Bundesministerien bereits umgesetzte und nach den Grundsätzen des Standard-Kosten-Modells quantifizierte Maßnahmen	Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) Wiedererlangung des Aufenthaltsrechts für Personen mit Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 25 Abs. 1 StAG sowie für deren in Deutschland geborene Kinder
1	6
Pau, Petra (DIE LINKE.) Einrichtung einer „Ständige Konferenz der Leiter NS-Gedenkorte im Berliner Raum“ sowie Gründe für die Nichteinbeziehung des deutsch-russischen Museums in Berlin-Karlshorst	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) Maßnahmen der Bundesregierung nach den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. Juni 2008 zur Gewährung subsidiären Schutzes insbesondere für Bürgerkriegsflüchtlinge nach Artikel 15c der so genannten Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union
1	8
Staffelt, Grietje (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Themen des am 17. und 18. Juli 2008 in Straßburg stattgefundenen Europäischen Kolloquiums zu den öffentlich-rechtlichen Medien im Digitalzeitalter; Standpunkte der Bundesregierung und der anderen Mitgliedstaaten insbesondere zu Finanzierung und Onlineaktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	Dr. Stadler, Max (FDP) Konkrete Regelungen des am 14. Juli 2008 vom Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, und dem syrischen Innenminister Bassam Abdelmajid unterzeichneten Protokolls zur Feststellung der Staatsangehörigkeit und Gründe für den Abschluss dieses Abkommens
3	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kostenlose Visavergabe für Staatsangehörige von Serbien sowie Bosnien und Herzegowina gemäß der gemeinsamen Erklärung der Europäischen Union vom April 2008	Toncar, Florian (FDP) Kenntnis der Bundesregierung über Kontakte von Politikern der Partei DIE LINKE. zur Terrorgruppe FARC in Kolumbien (DER SPIEGEL 22/2008 S. 15) und etwaige Rückschlüsse auf die vom Bundesamt für Verfassungsschutz vorzunehmende Bewertung der Partei
4	10
Pau, Petra (DIE LINKE.) Maßnahmen der Bundesregierung zur Verhinderung der Vollstreckung der Todesstrafe im Fall des deutschen Staatsbürgers Dieter Riechmann vor dem Hintergrund der Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verurteilung	Brüderle, Rainer (FDP) Entwicklung der Anzahl der nach Altersvermögensgesetz geförderten Riester-Verträge und die damit verbundene Jahresförderleistung des Staates seit 2002
5	10

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.) Steuerliche Mehr- und Gesamteinnahmen bei einer Reform der Freibeträge und des Tarifs im Rahmen der Erbschaftbesteuerung bei einem allgemeinen Freibetrag für alle Erben in Höhe von 250 000 Euro und Verdopplung bzw. Erhöhung des Freibetrags um 450 000 Euro für hinterbliebene Ehegatten und Kinder 15 Koppelin, Jürgen (FDP) Auswirkungen der Entscheidung des Bundesfinanzhofes bezüglich Zahlung von Gewerbesteuern von Betreibern von Windkraftanlagen nur am Geschäftssitz des Betreibers auf die zukünftige Aufstellung solcher Anlagen und Maßnahmen der Bundesregierung zur Beteiligung der Standortgemeinden an dieser Gewerbesteuer 17 Schäffler, Frank (FDP) Konditionen des Vertrags über eine weitere besicherte Liquiditätslinie von 1,5 Mrd. Euro zwischen der KfW Bankengruppe und der IKB Deutsche Industriebank AG und bilanzielle Risikovorsorge der KfW Bankengruppe in diesem Zusammenhang .. 17 Beteiligung der KfW Bankengruppe oder einer anderen Institution bei der Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen sowie einer bedingten Kapitalerhöhung seitens der IKB Deutsche Industriebank AG gemäß der Tagesordnungspunkte 10 und 11 der ordentlichen Hauptversammlung des Instituts am 28. August 2008 18 Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie Brunkhorst, Angelika (FDP) Gründe für den Verzicht der Aufnahme der Erdverkabelung in das Energieleitungsausbaugesetz für Abschnitte in Landschaftsschutzgebieten 18 Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) Gewährleistung der bis September 2008 geplanten Überarbeitung der Novelle der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) 19	Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales Kunert, Katrin (DIE LINKE.) Im Rahmen des Bundesprogramms Kommunal-Kombi von Kreisen und kreisfreien Städten bis zum 19. Juli 2008 eingereichte Anträge auf Zuwendungen und Stand der Bearbeitung 20 Möller, Kornelia (DIE LINKE.) Entwicklung der Betreuungsschlüssel in den ARGEn und zugelassenen kommunalen Trägern im Rahmen der Grundsicherung und Anteil der befristet angestellten Mitarbeiter im Verhältnis zu den Vollzeitangestellten 23 Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) Schwerpunktthemen im Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe für die 16. Wahlperiode und hierfür in Auftrag gegebene Studien und Untersuchungen 25 Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung Claus, Roland (DIE LINKE.) Herkunft (Bundesland) der während des Afghanistaneinsatzes seit 2002 umgekommenen Bundeswehrangehörigen 25 Heilmann, Lutz (DIE LINKE.) Lärmemissionen und Lärmmessungen bei den von der Bundeswehr genutzten Flugzeugtypen PA 200 Tornado, F-4F Phantom und Eurofighter 26

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	
Brähmig, Klaus (CDU/CSU) Verwendung der Mehreinzahlungen der sächsischen Krankenkassen in den Gesundheitsfonds in 2009 bei einem derzeit absehbaren Einheitsbeitragssatz von über 14,5 Prozent; Maßnahmen der Bundesregierung zur Kompensation der Verschlechterung der wirtschaftlichen Wettbewerbssituation sächsischer klein- und mittelständischer Unternehmen infolge der Anhebung der Beitragssätze auf den o. g. Einheitsbeitragssatz	27
Parr, Detlef (FDP) Termin, Tagesordnung und Aufstellung der Liste der Sachverständigen für die geplante Expertenanhörung zu den nationalen Aktionsprogrammen zur Alkohol- und Tabakprävention	30
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bereitstellung eines Betrags in Höhe von 80 Mio. Euro durch den Förderverein Berliner Schloss e. V. für die Erstellung der Schlossfassade sowie Akzeptanz von Sachleistungen	31
In den vergangenen 20 Jahren für Wasserstraßenprojekte des Bundesverkehrswegeplanes in Auftrag gegebene Kosten-Nutzen-Analysen und hierbei entstandene Kosten	31
Michalk, Maria (CDU/CSU) Fertigstellung des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Hoyerswerda–Horka für den grenzüberschreitenden Schienengüterverkehr zwischen Deutschland und Polen und Beginn des Neubaus der Eisenbahngrenzbrücke für zwei Gleise über die Lausitzer Neiße bei Horka	33
Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Projektstand und Entwicklung des Finanzbedarfs sowie der Kosten für die im Investitionsrahmenplan bis 2010 für die Infrastruktur des Bundes eingestellten Straßenbauprojekte Schleswig-Holsteins	33
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	
Friedrich (Bayreuth), Horst (FDP) Vorlage einer Fluglärmschutzverordnung zur Umsetzung der Lärmgrenzwerte des im Dezember 2006 beschlossenen Fluglärmsgesetzes	35
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zulassung des sogenannten Co-Hydrotreatings von Palmöl vor dem Hintergrund der 38. BImSchV	36
Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ziele der Bundesregierung bei ihrem Engagement für die Schaffung der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ und Haltung des Verbandes Deutscher Naturparke in diesem Zusammenhang	37
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	
Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lieferung einer 1,5-MW-Windkraftanlage aus Deutschland an die von der GTZ geförderte „China Longyuan Electric Power Group Corp.“	39

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete **Birgit Homburger** (FDP) Welches sind die Maßnahmen, die im Rahmen des Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ von den Bundesministerien bereits umgesetzt und nach den Grundsätzen des Standard-Kosten-Modells quantifiziert sind, und wie hoch ist jeweils deren Entlastungswirkung?

**Antwort der Staatsministerin Hildegard Müller
vom 28. Juli 2008**

Zu dieser Frage wird auf den Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses Bürokratieabbau an das Bundeskabinett vom 30. April 2008 verwiesen (http://www.bundesregierung.de/nn_151820/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2008/04/2008-04-30-buerokratieabbau.html).

Eine aktualisierte Darstellung erfolgt im Jahresbericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag gemäß § 7 des NKR-Gesetzes (NKR: Normenkontrollrat) im Oktober 2008.

2. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.) Ab wann soll die in der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes (Bundestagsdrucksache 16/9875) auf Seite 5 genannte „Ständige Konferenz der Leiter NS-Gedenkort im Berliner Raum“ mit welchen Kompetenzen eingerichtet werden, und wem gegenüber ist sie verantwortlich?

**Antwort des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und
Medien Staatsminister Bernd Neumann
vom 28. Juli 2008**

Die „Ständige Konferenz der Leiter NS-Gedenkort im Berliner Raum“ (Ständige Konferenz) soll voraussichtlich ab 2009 durch verstärkte Koordinierung die Vernetzung der beteiligten NS-Gedenkort verbessern und dadurch die öffentliche Erinnerungsarbeit im Berliner Raum intensivieren. Mitglieder sind die Leiter der beteiligten NS-Gedenkort, die jeweils turnusmäßig für ein Jahr den Vorsitz innehaben. Somit ist die Ständige Konferenz als Instrument zur Abstimmung der Themenschwerpunkte sowie zur Optimierung der Organisation und der Außenrepräsentanz der beteiligten Einrichtungen zu betrachten. In dieser Eigenschaft besitzt sie keine übergeordneten Kompetenzen, sondern verfolgt vielmehr im Abstimmungsprozess die gemeinschaftlichen Ziele ihrer Mitglieder.

Der jährliche Bericht über die Arbeitsergebnisse der Ständigen Konferenz wird den beteiligten Einrichtungen bzw. ihren Aufsichtsgremien vorgelegt. Die Verantwortlichkeit der Ständigen Konferenz liegt somit bei ihren Mitgliedsorganisationen. Dies entspricht dem in der Fort-

schreibung der Gedenkstättenkonzeption bekräftigtem Grundsatz, dass die Bundesregierung die Unabhängigkeit der Gedenkstätten von politischen Weisungen respektiert und zugleich Initiativen zu ihrer Zusammenarbeit aktiv unterstützt (Bundestagsdrucksache 16/9875, S. 2).

3. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Ist die in der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes (Bundestagsdrucksache 16/9875) auf Seite 5 genannte „Ständige Konferenz der Leiter NS-Gedenkort im Berliner Raum“ mit den hierfür vorgesehenen Beteiligten schon abgestimmt worden, und welche Reaktionen der benannten Einrichtungen gibt es hierzu?

**Antwort des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Staatsminister Bernd Neumann
vom 28. Juli 2008**

Mit den Einrichtungen, die als Mitglieder der „Ständigen Konferenz der Leiter NS-Gedenkort im Berliner Raum“ vorgesehen sind, wurden im Vorfeld verschiedene Formen der verstärkten Zusammenarbeit besprochen. Nach Verabschiedung des Entwurfs der Gedenkstättenkonzeption erhielt die Bundesregierung keine negative Rückmeldung. Geäußert wurde nur die Anregung, die ursprünglich nicht als Mitglied vorgesehene KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen in die Ständige Konferenz aufzunehmen. Diese Anregung hat die Bundesregierung aufgegriffen.

Die Geschäftsordnung wird, nachdem die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption mit der Debatte im Deutschen Bundestag im Herbst dieses Jahres abgeschlossen sein wird, mit den Mitgliedern abgestimmt.

4. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Warum ist die Beteiligung des deutsch-russischen Museums in Berlin-Karlshorst an der „Ständigen Konferenz der Leiter NS-Gedenkort im Berliner Raum“ nicht vorgesehen?

**Antwort des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Staatsminister Bernd Neumann
vom 28. Juli 2008**

Das deutsch-russische Museum in Berlin-Karlshorst, das sich am historischen Ort der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 befindet, setzt sich in seiner Dauerausstellung schwerpunktmäßig mit dem deutsch-sowjetischen Krieg auseinander. Gleichwohl verfolgt die binationale Einrichtung einen breiteren Ansatz. Ihr Ziel ist es, die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1917 bis 1990 zu vermitteln und deutsch-sowjetische Zeitgeschichte zu dokumentieren und zu erörtern.

In diesem Sinne ist sie nicht als Einrichtung zu verstehen, deren primäre Zweckbestimmung die Dokumentation der NS-Verbrechen ist (wie beispielsweise die Stiftung Topographie des Terrors) oder die dem Gedenken an seine Opfer gewidmet ist (wie die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas).

- | | |
|--|---|
| 5. Abgeordnete
Grietje
Staffelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Welche Themen wurden auf dem Europäischen Kolloquium zu den öffentlich-rechtlichen Medien im Digitalzeitalter, das am 17. und 18. Juli dieses Jahres in Straßburg stattgefunden hat, diskutiert, und welche Standpunkte haben die Bundesregierung und die anderen Mitgliedstaaten insbesondere auch zu der Frage der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingebracht? |
| 6. Abgeordnete
Grietje
Staffelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Hat die Bundesregierung auch Position bezogen in der Debatte über den Umfang der Onlineaktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, und wenn ja, welche? |

**Antwort des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Staatsminister Bernd Neumann
vom 28. Juli 2008**

An der von der französischen Ratspräsidentschaft organisierten EU-Konferenz „Öffentlich-rechtliche Medien im digitalen Zeitalter“ am 17. und 18. Juli 2008 in Straßburg nahmen Vertreter der Bundesregierung, der national für Rundfunk zuständigen Länder sowie Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, des privaten Rundfunks und des Bundesverbands der deutschen Zeitungsverleger aus Deutschland teil.

Es fanden fünf Arbeitsgruppensitzungen zu folgenden Themen statt:

1. Wie sollen die öffentlich-rechtlichen Medien finanziert werden, da sich Bezahldienste etablieren?
2. Der Zugang zu öffentlich-rechtlichen Medien angesichts der Einführung von digitalen Diensten.
3. Welche Anforderungen bestehen an die Definition des öffentlich-rechtlichen Rundfunks? Gibt es bestimmte kulturelle Anforderungen?
4. Wie soll der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im globalen Zeitalter aussehen?
5. Das Wettbewerbsverhältnis zwischen öffentlich-rechtlichen und kommerziellen audiovisuellen Diensten.

Das Programm der Konferenz, die Podiumsteilnehmer sowie einige ihrer Redebeiträge sind auf den Webseiten der veranstaltenden Behörde, der „Direction du développement des médias“ (DDM) in englischer und/oder französischer Sprache abrufbar:

http://www.ddm.gouv.fr/article.php3?id_article=1368. Abgesehen von Vertretern der Ratspräsidentschaft haben Vertreter der Mitgliedstaaten nicht an den Podiumsdiskussionen teilgenommen. Die Diskussionen in den Arbeitsgruppen fanden überwiegend zwischen den Podiumsteilnehmern statt. Es gab nur sehr eingeschränkte Fragemöglichkeiten für die übrigen Teilnehmer der Konferenz.

Einer Vertreterin des niederländischen Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft wurde – bereits mit Blick auf den informellen Kulturministerrat am 21. und 22. Juli 2008 in Versailles – Gelegenheit gegeben, eine niederländische Initiative für ein gemeinsames Positionspapier der EU-Mitgliedstaaten zu Grundprinzipien für die von der Europäischen Kommission beabsichtigte Revision ihrer Rundfunkmitteilung aus dem Jahr 2001 vorzustellen. Die Initiative fordert, dass die Mitteilung das Amsterdamer Protokoll über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Mitgliedstaaten voll respektiert. Die Rede der niederländischen Vertreterin sowie eine Entwurfsfassung des Positionspapiers sind in englischer Sprache ebenfalls auf der o. g. Webseite unter der Rubrik „Clôture du Colloque“/„Closing Statements“ abrufbar. Eine Diskussion dieser Initiative hatte die Konferenzleitung nicht vorgesehen. Beim informellen Kulturministerrat am 21. und 22. Juli 2008 in Versailles hat die Bundesrepublik Deutschland die niederländische Initiative begrüßt.

Auf der o. g. Webseite sind ebenfalls der abschließende Redebeitrag einer Vertreterin der französischen DDM sowie eine von der französischen Regierung beauftragte Studie „Europäische öffentlich-rechtliche Medien und digitale Dienste – derzeitige Aktivitäten und Entwicklungsstrategien“ abrufbar.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|---|
| 7. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Wie hoch ist der Anteil der von Deutschland kostenlos an Staatsangehörige von Bosnien und Herzegowina ausgegebenen Schengen-Visa, nachdem für alle Länder des westlichen Balkans am 1. Januar 2008 Visumserleichterungsabkommen in Kraft getreten sind und die Bundesregierung am 6. Mai 2008 im Vorfeld der Parlamentswahlen in Serbien ankündigte, „die von der Europäischen Kommission für Serbien angemahnte Flexibilität in vollem Umfang umzusetzen und kostenlose Visa für alle individuellen Antragsteller zu erteilen, für die dies in vollständiger Übereinstimmung mit dem Schengen-Besitzstand möglich ist“, und die Überzeugung der Europäischen Kommis- |
|---|---|

sion mitteilte, wonach „es dadurch möglich sein wird, für bis zu 80 Prozent der Staatsangehörigen kostenlose Visa zu erteilen“?

**Antwort des Staatsministers Dr. h. c. Gernot Erler
vom 29. Juli 2008**

Derzeit erteilt die deutsche Botschaft in Sarajewo unter voller Ausschöpfung der Möglichkeiten, die das geltende Schengenrecht einschließlich des Visumerleichterungsabkommens mit Bosnien und Herzegowina hierfür bereithält, 30 bis 35 Prozent aller an bosnische Staatsangehörige vergebenen Visa gebührenfrei.

- | | |
|---|--|
| 8. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Ist die Bundesregierung willens, gemäß der Ankündigung vom 6. Mai 2008 zur weitestgehenden Flexibilität bei der Vergabe kostenloser Schengen-Visa an serbische Staatsangehörige sich innerhalb der EU für eine gleichlautende Erklärung zu Bosnien und Herzegowina einzusetzen, angesichts der Tatsache, dass das visumrechtliche Verhältnis beider Länder zur EU identisch ist? |
|---|--|

**Antwort des Staatsministers Dr. h. c. Gernot Erler
vom 29. Juli 2008**

Es herrscht Einigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten, die nach Schengen-Besitzstand bestehenden Möglichkeiten zur Gebührenbefreiung oder -ermäßigung im Visumverfahren in den anderen visumpflichtigen Staaten des Westlichen Balkans umfassend zu nutzen. Dies entspricht bereits der Praxis der deutschen Auslandsvertretungen. Eine Erklärung allein bezogen auf Bosnien und Herzegowina ist daher nach Ansicht der Bundesregierung nicht erforderlich.

- | | |
|--|--|
| 9. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.) | Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher zur Verhinderung der Vollstreckung der Todesstrafe in Sachen des deutschen Staatsbürgers Dieter Riechmann unternommen, und welche weiteren Aktivitäten plant sie dahingehend, vor dem Hintergrund der Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verurteilung? |
|--|--|

**Antwort des Staatsministers Dr. h. c. Gernot Erler
vom 25. Juli 2008**

Das Auswärtige Amt begleitet den Fall von Dieter Riechmann seit 20 Jahren intensiv und tut alles in seinen Kräften stehende, um auf ein faires Verfahren für ihn hinzuwirken. Vorrangiges Ziel war und ist dabei, die drohende Todesstrafe abzuwenden. Deshalb hat das Auswärtige Amt seit 1992 erhebliche Kosten für eine qualifizierte Strafverteidigung von Dieter Riechmann vorläufig übernommen.

Grundsätzlich obliegt die Beurteilung der Sach- und Rechtslage im Verfahren gegen Dieter Riechmann in den Vereinigten Staaten von Amerika allein den dortigen Justizbehörden. Dennoch hat die Bundesregierung immer wieder zugunsten von Dieter Riechmann interveniert. So hat sie am 23. Februar 2005 in einem beim Florida Supreme Court eingereichten sog. Amicus Curiae-Brief Verfahrensmängel im Verfahren gegen Dieter Riechmann gerügt, insbesondere die Verwendung von durch deutsche Ermittlungsbehörden überlassenen Beweismaterials im Verfahren ohne die dafür notwendige Zustimmung der deutschen Seite. Diese Rüge trug der deutsche Generalkonsul in Miami in einem Schreiben an den Gouverneur des Bundesstaates Florida vom 11. Oktober 2007 vor. Der Verfahrensmangel wurde auch durch die deutsche Botschaft Washington in einer am 24. Oktober 2007 im Department of State hochrangig übergebenen Verbalnote gerügt.

Der Rechtsweg in den USA ist noch nicht völlig ausgeschöpft. Im Mai 2008 wurde eine „Certiorari-Petition“ (mit dem Ziel der nachträglichen Einführung von Unterlagen in das Verfahren) vom Supreme Court angenommen. Eine Entscheidung hierzu steht noch aus und wird bis Anfang Oktober erwartet. Im Mai fand zudem eine sog. status conference im Circuit Court for Miami-Dade County statt. Dieser wird in diesem Monat einen Termin für das Verfahren über eine mögliche Neufestsetzung des Strafmaßes (resentencing) ansetzen. Ein Termin in der Sache mit Beweisaufnahme wird jedoch nicht vor Jahresende stattfinden. Sollte auch die vollständige Ausschöpfung des Rechtsweges nicht zur Abwendung der Todesstrafe führen, bliebe schließlich noch die Möglichkeit, ein Gnadengesuch beim Gouverneur Floridas einzureichen.

Die Mitarbeiter des Generalkonsulats Miami stehen in engem Kontakt mit Dieter Riechmann und seinen Anwälten und besprechen mit ihnen die nächsten Schritte. Das Auswärtige Amt wird das Verfahren auch weiterhin sehr aufmerksam begleiten und alle zur Verfügung stehenden Mittel zur Abwendung der Todesstrafe nutzen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)

Wie würde die Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 16/9832, S. 2 lauten, wenn die Bundesregierung bei ihrer Beantwortung die in der Frage enthaltene Bedingung beachtet, wie nämlich nach einem Staatsangehörigkeitsverlust nach § 25 Abs. 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) ein Aufenthaltstitel wiedererlangt werden kann, wenn die Regelung des § 38 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) gerade nicht greift (die Bundesregierung räumt in ihrer Antwort ein, dass es diese Fälle gibt, wenn auch „in weitaus geringerem Umfang“ als vom Sachverständigen Dr. Marx angenom-

men), und auf welcher genauen Rechtsgrundlage würde ein in Deutschland lebender türkischer bzw. ein serbischer Staatsangehöriger, der die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 25 Abs. 1 StAG verloren hat und infolgedessen nicht über einen Aufenthaltstitel verfügt, der weiterhin keine eigenständige Lebensunterhaltssicherung nachweisen kann und der die Voraussetzungen des § 38 AufenthG nicht erfüllt (s. o.), eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis erhalten können?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Hans Bernhard Beus
vom 28. Juli 2008**

Die Frage entspricht inhaltlich Ihrer schriftlichen Frage vom 11. Juni 2008. Die Bundesregierung hatte diese Frage bereits umfassend beantwortet (siehe Antwort der Bundesregierung vom 20. Juni 2008, Bundestagsdrucksache 16/9832, S. 2 und 3). In dieser Antwort hat die Bundesregierung nicht „eingeräumt“, dass der Verlust der Staatsangehörigkeit gemäß § 25 Abs. 1 Satz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes nicht in jedem Fall zur Erteilung eines Aufenthaltstitels führt. Vielmehr ist diese Tatsache die Konsequenz des Umstandes, dass die Erteilung eines Aufenthaltstitels von verschiedenen Voraussetzungen abhängt, nicht aber alleine von dem entsprechenden Verlust der Staatsangehörigkeit. Dabei hat die Bundesregierung betont, dass im Grundsatz die ehemaligen Deutschen, welche ihre Staatsangehörigkeit gemäß § 25 StAG verloren haben, wieder einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten sollen.

Auf die wiederholt gestellte Frage, wie ein Aufenthaltstitel erlangt werden kann, soweit in diesen Fällen § 38 des Aufenthaltsgesetzes nicht greift, wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Frage bereits von der Bundesregierung (Antwort auf Frage 17 Buchstabe g der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/9265 vom 26. Mai 2008) beantwortet worden ist.

Überdies wird erneut darauf hingewiesen, dass die jeweiligen Tatbestandsfragen nur im Einzelfall zu klären sind. Genau aus diesem Grund kann für die beispielsweise erwähnten türkischen bzw. serbischen Staatsangehörigen keine allgemeingültige Antwort erteilt werden. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Sicherung des Lebensunterhaltes gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG zwar in der Regel Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels ist. Soweit von der Frage angesprochene Personen einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels stellen, kommt unter besonderer Berücksichtigung des Artikels 16 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) eine Ausnahme von der Regel in Betracht.

11. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)

Inwieweit kommt bei neugeborenen Kindern von Personen, die infolge eines Staatsangehörigkeitsverlustes nach § 25 Abs. 1 StAG weder über die deutsche Staatsangehörigkeit noch über einen Aufenthaltstitel verfügen, die Anwendung des § 33 AufenthG in Betracht (so

die Antwort der Bundesregierung vom 20. Juni 2008 auf meine schriftliche Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 16/9832, S. 2), obwohl in § 33 AufenthG ein Aufenthaltstatus als Bedingung genannt wird, der gerade nicht vorliegt, und wie soll sich das in meiner schriftlichen Frage benannte Problem der nach dem Staatsangehörigkeitsverlust der Eltern geborenen Kinder durch die Regelung des § 4 Abs. 3 StAG lösen können (so die Antwort der Bundesregierung vom 20. Juni 2008), angesichts des Umstandes, dass die in einer solchen Konstellation (Eltern sind nicht mehr Deutsche und haben auch keinen Aufenthaltstitel) geborenen Kinder zum Zeitpunkt der Geburt die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG gerade nicht erfüllen, weil weder ein rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt noch ein unbefristetes Aufenthaltsrecht vorliegt?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Hans Bernhard Beus
vom 28. Juli 2008**

Wie oben dargestellt sollen Personen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 25 Abs. 1 Satz 1 StAG verloren haben, grundsätzlich erneut einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten – sei dies gemäß § 38 AufenthG oder gemäß den allgemeinen Vorschriften. Demgemäß kommt für die nach Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit geborenen Kinder zumeist die Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 33 AufenthG in Betracht.

Soweit in der aktuellen Fragestellung – anders als in der schriftlichen Frage vom 11. Juni 2008 – eine Situation zugrunde gelegt wird, in welcher den Eltern kein Aufenthaltstitel erteilt worden ist und mithin die Voraussetzungen des § 33 AufenthG nicht vorliegen, kommt die Erteilung eines Aufenthaltstitels an das neugeborene Kind nur nach den allgemeinen Vorschriften in Betracht. Insoweit wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Dem infrage gestellten Hinweis auf § 4 Abs. 3 StAG lag ebenfalls die frühere Fragestellung zugrunde, nach welcher die ausländischen Eltern der in Deutschland geborenen Kinder durchaus über einen Aufenthaltstitel verfügen konnten. Unter den nunmehr abgefragten Voraussetzungen kommt der entsprechende Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch die in Deutschland geborenen Kinder schon tatbestandsmäßig nicht in Betracht.

12. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung nach den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. Juni 2008 zur Gewährung subsidiären Schutzes insbesondere für Bürgerkriegsflüchtlinge nach Artikel 15c der so genannten Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union (vgl. Pressemitteilung des BVerwG Nr. 36/2008) angesichts ihrer diesbezüglich bislang abweichenden

den Rechtsauffassung, ihre bisherigen Auslegungshinweise zum Artikel 15c der Richtlinie, etwa gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, entsprechend ändern bzw. zumindest einen Entscheidungsstopp in betroffenen Fallkonstellationen veranlassen, bis die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt, und wie begründet sie ihren Schritt?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Hans Bernhard Beus
vom 28. Juli 2008**

Ob und gegebenenfalls welche Änderungen in der Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge durch die erwähnten Urteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. Juni 2008 veranlasst sind, lässt sich erst beurteilen, wenn die Entscheidungen in schriftlicher Form vorliegen. Einen Entscheidungsstopp nach § 11a des Asylverfahrensgesetzes hat das insoweit zuständige Bundesministerium des Innern nicht erlassen, da die Regelung einen Aufklärungsbedarf bei bestimmten Herkunftsländern in tatsächlicher Hinsicht voraussetzt, während es hier um die rechtliche Bewertung eines Sachverhalts geht.

13. Abgeordneter
**Dr. Max
Stadler**
(FDP)

Welche konkreten Regelungen wurden im Einzelnen durch das am 14. Juli 2008 vom Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, und dem syrischen Innenminister Bassam Abdelmajid unterzeichnete Protokoll zur Feststellung der Staatsangehörigkeit getroffen, und welche speziellen Motive haben dazu geführt, dieses Abkommen mit Syrien zu schließen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Hans Bernhard Beus
vom 24. Juli 2008**

Das am 14. Juli 2008 unterzeichnete „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Syrien über die Rückführung von illegal aufhältigen Personen“ regelt im Rahmen der Gegenseitigkeit die Voraussetzungen für die Rückübernahme ausreisepflichtiger Personen aus dem Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei. Dabei enthält das Abkommen Regelungen, die es ermöglichen, nicht nur ausreisepflichtige syrische Staatsangehörige, sondern auch Drittstaatsangehörige und Staatenlose, wenn diese über einen Aufenthaltstitel oder ein Visum der syrischen Seite verfügen oder unmittelbar aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei rechtswidrig eingereist sind, dorthin zurückzuführen. Zudem wurden Bestimmungen zur Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen durch das Hoheitsgebiet der Vertragsparteien getroffen. Damit entspricht das Rückübernahmeabkommen den modernen europäischen Standards. Im Zusammenhang mit dem Rückübernahmeabkommen wurde auch ein Durchführungsprotokoll unterzeichnet. Es regelt insbesondere die konkreten Verfah-

ren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit durch Nachweis oder Glaubhaftmachung.

Das Rückübernahmeabkommen wurde zum einen vor dem Hintergrund der beachtlichen Zahl von fast 7 000 in Deutschland aufhältigen, ausreisepflichtigen Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit (Quelle: Ausländerzentralregister Stand 30. Juni 2008) abgeschlossen. Die deutschen Ausländerbehörden sollen zum anderen Rückübernahmeverfahren mit Syrien in Zukunft unter erleichterten Bedingungen und in kürzerer Zeit durchführen können. Das deutsch-syrische Abkommen stellt ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung der Ausreisepflicht dar. Es dient der gemeinsamen Bekämpfung der illegalen Migration.

14. Abgeordneter
**Florian
Toncar**
(FDP)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Kontakte von Politikern der Partei DIE LINKE. zur Terrorgruppe FARC in Kolumbien (siehe DER SPIEGEL 22/2008 S. 15), und welche Rückschlüsse lassen sich aus der Natur dieser Kontakte im Hinblick auf die vom Bundesamt für Verfassungsschutz vorzunehmende Bewertung der Partei DIE LINKE. ziehen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Hans Bernhard Beus
vom 24. Juli 2008**

Soweit der Bundesregierung bekannt, hat es im Rahmen der Solidaritätsarbeit der PDS, jetzt Partei DIE LINKE., vereinzelt Kontakte zwischen Parteiangehörigen und der FARC-EP gegeben. Eine Änderung der bekannten Bewertung der Partei DIE LINKE. ergibt sich hieraus nicht.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

15. Abgeordneter
**Rainer
Brüderle**
(FDP)
- Wie haben sich die Anzahl der nach Altersvermögensgesetz geförderten Riester-Verträge und die damit verbundene Jahresförderleistung des Staates seit 2002 entwickelt (getrennter Ausweis der Jahresgesamtsummen der Altersvorsorgezulage nach Grundzulage Ledige, Grundzulage Verheiratete, Kinderzulage, sowie Jahresgesamtsumme des korrespondierenden Sonderausgabenabzugs)?

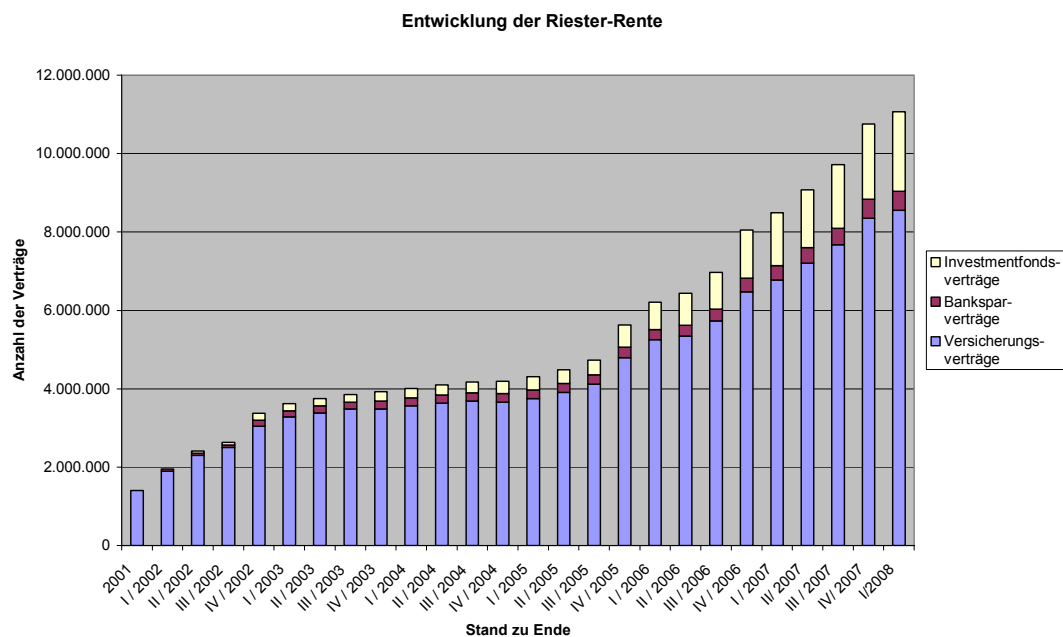
**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 24. Juli 2008**

Die nachfolgende Tabelle fasst die Entwicklung der abgeschlossenen zertifizierten Altersvorsorgeverträge zusammen. Bis zum 31. März 2008 sind mehr als 11 Millionen Verträge abgeschlossen worden.

Tabelle: Entwicklung der privaten Altersvorsorge
- Stand 31.3.2008 –

Stand Ende/ Produkte	Versicherungs- verträge	Bankspar- verträge	Investmentfonds- verträge	Gesamt
2001	1.400.000	k.A.	k.A.	1.400.000
I/2002	1.900.000	50.000	2.500	1.952.500
II/2002	2.300.000	60.000	50.000	2.410.000
III/2002	2.500.000	68.000	60.000	2.628.000
IV/2002	3.047.000	149.500	174.000	3.370.500
I/2003	3.280.000	161.600	180.000	3.621.600
II/2003	3.385.000	177.300	187.000	3.749.300
III/2003	3.480.000	180.100	194.000	3.854.100
IV/2003	3.486.000	197.440	241.000	3.924.440
I/2004	3.564.000	202.100	244.000	4.010.100
II/2004	3.633.500	207.400	256.000	4.096.900
III/2004	3.689.000	208.000	270.000	4.167.000
IV/2004	3.660.500	213.000	316.000	4.189.500
I/2005	3.753.000	218.000	338.000	4.309.000
II/2005	3.909.800	224.500	346.000	4.480.300
III/2005	4.120.400	230.000	381.000	4.731.400
IV/2005	4.796.900	260.000	574.000	5.630.900
I/2006	5.249.000	265.000	689.000	6.203.000
II/2006	5.345.000	278.000	811.000	6.434.000
III/2006	5.725.000	303.000	937.000	6.965.000
IV/2006	6.468.000	351.000	1.231.000	8.050.000
I/2007	6.776.000	368.000	1.346.000	8.490.000
II/2007	7.206.000	396.000	1.475.000	9.077.000
III/2007	7.677.000	415.000	1.621.000	9.713.000
IV/2007	8.355.000	480.000	1.922.000	10.757.000
I/2008	8.554.000 ¹⁾	485.000	2.030.000	11.069.000

1) Vertragsabgänge (bis einschließlich 31.12.2007) berücksichtigt.



Die Zulagen werden direkt aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlt und auf eine in der Veranlagung ggf. festgestellte höhere Entlastung im Rahmen des Sonderausgabenabzugs nach § 10a des Einkommensteuergesetzes (EStG) angerechnet. Die Daten zum Zulagenvolumen für bestehende Riester-Verträge können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden. Eine Aufteilung dieser Kassenzahlen nach Ledigen und Verheirateten sowie nach Grund- und Kinderzulagen liegt nicht vor:

Jahr	Altersvorsorgezulage in Tsd. €
2003	72.461
2004	143.879
2005	327.066
2006	546.536
2007	1.050.414
2008 ¹	1.430.000

¹ Ergebnis des AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2008.

Zur Erläuterung: Die Altersvorsorgezulage kann bei der zentralen Zulagenstelle innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren nach Abschluss des Beitragsjahres beantragt werden (Zulageantrag für das Beitragsjahr 2004 konnte bis zum Ablauf des Jahres 2006 gestellt werden, so dass die Zulagenauszahlung spätestens zum 15. Februar 2007 erfolgte). Zum Beispiel betreffen die im Jahr 2007 ausgezahlten Zulagen die Beitragsjahre 2004, 2005, 2006. Die Altersvorsorgezulage wurde erstmals im Jahr 2003 ausgezahlt.

Nach einer aktuellen Auswertung des Statistischen Bundesamtes aus den bisher vorliegenden Daten der Einkommensteuerstatistik für die Jahre 2002 bis 2004 gestaltete sich die über den Zulageanspruch hinausgehende steuerliche Wirkung in den einzelnen Veranlagungsjahren wie folgt:

Auswertung aus der jährlichen Einkommensteuerstatistik
für die Veranlagungsjahre 2002, 2003 und 2004*)

	2002									
	Insgesamt		Grundtabelle				Splittingtabelle			
			insgesamt		dar. mit Kind(ern)		insgesamt		dar. mit Kind(ern)	
	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €
Festgestellter steuerlicher Vorteil AVmG (c65894)	525.810	38.471	275.191	19.934	45.768	2.566	250.619	18.537	161.777	9.809

	2003									
	Insgesamt		Grundtabelle				Splittingtabelle			
			insgesamt		dar. mit Kind(ern)		insgesamt		dar. mit Kind(ern)	
	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €
Festgestellter steuerlicher Vorteil AVmG (c65894)	685.446	53.519	349.572	27.427	60.126	3.632	335.874	26.092	215.974	13.777

	2004*)									
	Insgesamt		Grundtabelle				Splittingtabelle			
			insgesamt		dar. mit Kind(ern)		insgesamt		dar. mit Kind(ern)	
	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €	Stpf.	1.000 €
Festgestellter steuerlicher Vorteil AVmG (c65894)	840.504	107.811	416.710	54.532	81.498	8.022	423.794	53.279	250.156	27.691

*) Vorläufiges Ergebnis. Alle bis zum 30.09.2007 veranlagten Steuerpflichtigen.

16. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Welche steuerlichen Mehr- und Gesamteinnahmen fallen bei einer Reform der Freibeträge und des Tarifs im Rahmen der Erbschaftbesteuerung bei einem allgemeinen Freibetrag für alle Erben in Höhe von 250 000 Euro, der sich für hinterbliebene Ehegatten und Kinder verdoppelt, und einem einheitlichen Tarif (Teilmengenstaffelung) mit dem Tarifverlauf

Steuerpflichtige Erwerbsteile in €		Steuersätze %
über	bis einschließlich	Variante A
	10.000	6
10.000	20.000	7
20.000	30.000	8
30.000	40.000	9
40.000	50.000	10
50.000	75.000	12
75.000	100.000	14
100.000	150.000	16
150.000	200.000	18
200.000	300.000	21
300.000	400.000	25
400.000	500.000	30
500.000	750.000	35
750.000	1.000.000	40
1.000.000	1.500.000	45
1.500.000	2.000.000	50
2.000.000	3.000.000	55
3.000.000	4.000.000	60
4.000.000	5.000.000	60
5.000.000	6.000.000	60
6.000.000	7.000.000	60
7.000.000	8.000.000	60
8.000.000	9.000.000	60
9.000.000		60

an?

17. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Welche steuerlichen Mehr- und Gesamteinnahmen fallen bei einer Reform der Freibeträge und des Tarifs im Rahmen der Erbschaftbesteuerung bei einem allgemeinen Freibetrag für alle Erben in Höhe von 250 000 Euro, der sich für hinterbliebene Ehegatten und Kinder um 450 000 Euro erhöht, und einem einheitlichen Tarif (Teilmengenstaffelung) mit dem Tarifverlauf

Steuerpflichtige Erwerbsteile in €		Steuersätze %
über	bis einschließlich	Variante A
	10.000	6
10.000	20.000	7
20.000	30.000	8
30.000	40.000	9
40.000	50.000	10
50.000	75.000	12
75.000	100.000	14
100.000	150.000	16
150.000	200.000	18
200.000	300.000	21
300.000	400.000	25
400.000	500.000	30
500.000	750.000	35
750.000	1.000.000	40
1.000.000	1.500.000	45
1.500.000	2.000.000	50
2.000.000	3.000.000	55
3.000.000	4.000.000	60
4.000.000	5.000.000	60
5.000.000	6.000.000	60
6.000.000	7.000.000	60
7.000.000	8.000.000	60
8.000.000	9.000.000	60
9.000.000		60

an?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 24. Juli 2008**

Ihre Fragen 16 und 17 beantworte ich im Zusammenhang wie folgt:

Die Angaben in den Anfragen reichen für eine Bezifferung nicht aus.

Insbesondere ist nicht ersichtlich, wie die Vermögensarten bewertet werden sollen, z. B. welche Bewertungsverfahren, welche Wertniveaus zur Anwendung kommen. Weiterhin wird nicht deutlich, ob Schenkungen auch einbezogen werden oder nur Übergänge von Todes wegen Berücksichtigung finden sollen. Auch der sachliche Anwendungsbereich – Inlandsvermögen, Auslandsvermögen ist nicht bezeichnet.

Rein vorsorglich weise ich darauf hin, dass parlamentarische Anfragen nur in dem Umfang beantwortet werden können, der in der laut Geschäftsordnung festgelegten Frist leistbar ist.

18. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Welche Auswirkungen auf die zukünftige Aufstellung von Windkraftanlagen kann die Entscheidung des Bundesfinanzhofes haben, dass Gewerbesteuern von Betreibern von Windkraftanlagen nur am Geschäftssitz des Betreibers gezahlt werden?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 30. Juli 2008

Nach Bekanntwerden des Urteils des Bundesfinanzhofes vom 4. April 2007 sind Ausweisungen neuer Windenergievorranggebiete durch einzelne Kommunen kurzfristig aufgegeben worden, da sie nach dieser Entscheidung als Standortgemeinden keinen Anspruch auf einen Anteil an der Gewerbesteuer haben.

19. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Welche Möglichkeiten und Initiativen sieht die Bundesregierung, dass auch die Standortgemeinden von Windkraftanlagen wieder an der Gewerbesteuer für diese Anlagen beteiligt werden?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 30. Juli 2008

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Beteiligten (Steuerpflichtiger, Geschäftssitzgemeinde, Anlagenstandortgemeinde) nach geltendem Recht die Möglichkeit haben, einen Maßstab für die Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags nach § 33 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes festzulegen; an diese Vereinbarung ist die Finanzbehörde gebunden.

Vor dem Hintergrund der Antwort zu Frage 18 prüft die Bundesregierung zurzeit die Notwendigkeit, eine Sonderregelung zur Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags bei Unternehmen, die Windenergieanlagen betreiben, einzuführen.

20. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Wie lauten die Konditionen, wie beispielsweise Laufzeit, Deckungsvolumen aus dem Liquiditätskreditvertrag, Zins, eingeräumte Besicherungen, Kündigungs- und Rückzahlungsmodalitäten des am 22. Juli 2008 durch Ad-hoc-Mitteilung der IKB Deutsche Industriebank AG bekannt gewordenen Vertrags über eine weitere besicherte Liquiditätslinie von 1,5 Mrd. Euro zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Bankengruppe) und der IKB, und welche bilanzielle Risikovorsorge der KfW ist damit verbunden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 30. Juli 2008**

Die KfW Bankengruppe ist dem Bankgeheimnis verpflichtet, welches auch Kundenverbindungen als solche schützt; Angaben hierzu unterliegen damit der Vertraulichkeit. In Bezug auf die Konditionen stellt die besicherte Liquiditätslinie von 1,5 Mrd. Euro ein unter Banken übliches Geschäft dar. Die bilanzielle Risikovorsorge der KfW Bankengruppe folgt bei allen Geschäften den rechtlichen Anforderungen.

- | | |
|---|---|
| 21. Abgeordneter
Frank
Schäffler
(FDP) | Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Bankengruppe) oder eine andere Institution, die mehrheitlich in Bundesbesitz ist, sich bei der Ausgabe von Wandel- und/oder Optionschuldverschreibungen sowie einer bedingten Kapitalerhöhung seitens der IKB Deutsche Industriebank AG gemäß der Tagesordnungspunkte 10 und 11 der Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung des Instituts am 28. August 2008 beteiligen wird, und wenn nein, wie lauten die Gründe des möglichen Engagements welcher Institution(en)? |
|---|---|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 30. Juli 2008**

Unter den zitierten Tagesordnungspunkten sollen Beschlüsse gefasst werden, die eine Ermächtigung zur künftigen Beschaffung von weiterem haftendem Kapital darstellen. Nach der geltenden Beschlusslage soll die IKB an private Investoren verkauft werden. Eine weitere Beteiligung von bundeseigenen Unternehmen an der IKB wäre mit diesem Ziel nicht vereinbar. Eine entsprechende Entscheidung liegt jedoch grundsätzlich im Verantwortungsbereich der betroffenen Unternehmen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

- | | |
|--|--|
| 22. Abgeordnete
Angelika
Brunkhorst
(FDP) | Aus welchem Grund hat die Bundesregierung in § 2 Abs. 2 des Gesetzes zum Ausbau von Energieleitungen (Energieleitungsausbaugesetz – EnLAG) (Artikel 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze) darauf verzichtet, die Erdverkabelung – wie in § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b des Niedersächsischen Erdkabelgesetzes – grundsätzlich auch für solche Abschnitte vorzusehen, die in Landschaftsschutzgebieten liegen, zumal in § 2 Abs. 2 Satz 2 |
|--|--|

EnLAG im Hinblick auf die Querung des Rennsteigs ausdrücklich ein konkretes Schutzgebiet (Naturpark Thüringer Wald) erwähnt wird?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba
vom 24. Juli 2008**

Mit dem Energieleitungsausbaugesetz wird die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen von vier Pilotvorhaben Höchstspannungsleitungen auf technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitten als Erdkabel zu verlegen, damit Erfahrungen mit dem Einsatz von Erdkabeln im Höchstspannungsübertragungsnetz gesammelt werden können. Als Kriterium für die Möglichkeit zur Teilverkabelung im Rahmen dieser Pilotprojekte wurde das Unterschreiten von Abständen zur Wohnbebauung als die sachgerechteste Lösung befunden.

Zusätzlich kann im Fall des Abschnitts Altenfeld–Redwitz der Leitung Lauchstädt–Redwitz bei der Querung des Rennsteigs eine Höchstspannungsleitung auf einem technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitt als Erdkabel errichtet werden. Gemäß der Begründung des Gesetzentwurfs ist es Zweck dieser zusätzlichen Regelung, eine Teilverkabelung unter den besonderen geographischen Bedingungen einer Mittelgebirgslandschaft zu testen. Der mögliche Verlauf der Leitung durch einen Naturpark ist demnach kein Kriterium für eine Teilverkabelung. Der Naturpark Thüringer Wald wird im Gesetzestext nur deswegen erwähnt, um den betreffenden Abschnitt des Rennsteigs geographisch möglichst genau zu bezeichnen.

23. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)

Wie will die Bundesregierung gewährleisten, dass bei der bis September 2008 geplanten Überarbeitung der Novelle der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) sowohl der für die Spezifik des Regelungsbedarfs notwendige Sachverstand als auch die ebenso notwendigen praktischen Erfahrungen vollumfänglich einbezogen werden, und weshalb hat sie das bisher, wie das Scheitern des HOAI-Referentenentwurfs zeigt, nicht getan?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba
vom 24. Juli 2008**

Von einem Scheitern des HOAI-Referentenentwurfs kann nicht gesprochen werden. Anpassungen und Änderungen der HOAI-Novelle sind Bestandteil des normalen Rechtsetzungsverfahrens. Ein erster Entwurf der Novelle wurde den Ressorts sowie Kammern und Verbänden im Februar 2008 vorgelegt. Die Entwicklung der Reform unterliegt seither einem laufenden Prozess. Der Meinungsaustausch mit den Berufsständen hat gezeigt, dass die Bundesregierung sich den Reformvorstellungen der Beteiligten zu keiner Zeit verschlossen hat oder verschließt. Die widerstreitenden Interessen bei der Reform der HOAI haben sich allerdings hier besonders deutlich gezeigt. Was aus Sicht der Berufsstände fachlich notwendig erscheint, ist vor allem

europarechtlich (nach den rechtlichen Kriterien der Dienstleistungsrichtlinie) zu bewerten. Hier liegen die Schwierigkeiten, eine für alle Seiten sachgerechte und akzeptable Lösung zu finden.

Die Bundesregierung wird die Stellungnahmen der Kammern und Verbände in ihre Reformüberlegungen einbeziehen und die im Konsens mit den Berufsständen machbaren Änderungen auf den Weg bringen.

Das Gelingen einer für alle Beteiligten akzeptablen, einfacheren und transparenten HOAI wird nicht zuletzt davon abhängen, dass alle Seiten bereit sind, auch Neuerungen zu akzeptieren und einen moderaten Weg einzuschlagen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

- | | |
|---|--|
| 24. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.) | Wie viele Kreise/kreisfreie Städte haben mit Stand vom 19. Juli 2008 Anträge auf Zuwendungen im Rahmen des Bundesprogramms Kommunal-Kombi beim Bundesverwaltungsamt eingereicht (bitte Kommunen nach Ländern sortiert auflisten und vermerken, ob bereits genehmigt oder nur eingereicht; siehe auch Tabelle in der Antwort auf meine schriftliche Frage 27 auf Bundestagsdrucksache 16/9917)? |
|---|--|

Antwort des Staatssekretärs Franz-Josef Lersch-Mense vom 28. Juli 2008

Nach dem Stand vom 21. Juli 2008 sind beim Bundesverwaltungsamt aus 79 Förderregionen (Kreise und kreisfreie Städte) insgesamt 2 668 Anträge für 6 257 Stellen eingegangen. 1 055 entscheidungsreife Anträge für 1 970 Stellen wurden beschieden.

Die Auflistung der geförderten Stellen nach Förderregionen ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Landkreis/kreisfreie Stadt	Regionkennziffer	Anträge	Stellen
Berlin	20	54	879
Barnim	21	82	138
Brandenburg a.d. Havel	22	3	4
Cottbus, Stadt	23	65	134
Elbe-Elster	24	105	195
Frankfurt (Oder), Stadt	25	39	61
Märkisch-Oderland	26	89	173
Oberspreewald-Lausitz	27	124	190
Oder-Spree	28	117	183
Ostprignitz-Ruppin	29	23	40
Prignitz	30	111	191
Spree-Neiße	31	155	283
Uckermark	32	183	266
Bremerhaven, Stadt	33	15	42
Kassel, Stadt	34	8	10
Demmin	35	23	23
Greifswald	36	8	10
Güstrow	37	45	63
Mecklenburg-Strelitz	38	9	9
Müritz	39	8	8
Neubrandenburg, Stadt	40	10	12
Nordvorpommern	41	70	105
Ostvorpommern	42	44	51
Parchim	43	11	11
Rostock	44	3	4
Rügen	45	50	107
Schwerin	46	16	36
Stralsund, Stadt	47	13	14
Uecker-Randow	48	31	40
Wismar, Stadt	49	2	4
Emden	50	1	1
Dortmund, Stadt	51	0	0
Duisburg, Stadt	52	0	0
Gelsenkirchen, Stadt	53	0	0
Herne, Stadt	54	0	0
Pirmasens, Stadt	55	11	100
Annaberg	56	30	44
Aue-Schwarzenberg	57	41	70
Bautzen	58	89	165
Chemnitz, Stadt	59	81	121
Chemnitzer Land	60	34	66
Delitzsch	61	16	23
Döbeln	62	26	40
Görlitz, Stadt	63	21	26
Hoyerswerda, Stadt	64	47	63

Landkreis/kreisfreie Stadt	Regionkennziffer	Anträge	Stellen
Leipzig, Stadt	65	78	782
Leipziger Land	66	49	86
Löbau-Zittau	67	25	37
Mittl. Erzgebirgskreis	68	41	68
Muldentalkreis	69	99	171
Niederschl. Oberlausitz-kreis	70	80	148
Plauen	71	26	57
Riesa-Großenhain	72	68	142
Sächsische Schweiz	73	9	16
Torgau-Oschatz	74	8	10
Zwickau, Stadt	75	16	148
Zwickauer Land	76	26	60
Altmarkkreis Salzwedel	77	14	22
Anhalt-Bitterfeld	78	21	142
Burgenland	79	66	148
Dessau-Roßlau, Stadt	80	0	0
Halle (Saale), Stadt	81	5	6
Harz	82	25	45
Jerichower Land	83	9	14
Magdeburg, Stadt	84	1	1
Mansfeld-Südharz	85	4	25
Saalekreis	86	0	0
Salzland	87	17	38
Stendal	88	22	30
Wittenberg	89	0	0
Altenburger Land	90	0	0
Erfurt, Stadt	91	0	0
Gera, Stadt	92	0	0
Ilm-Kreis	93	15	20
Kyffhäuserkreis	94	6	6
Nordhausen	95	6	6
Sömmerda	96	17	20
Unstrut-Hainich-Kreis	97	2	4
Weimar, Stadt	98	0	0

Bundesland	Anträge	Stellen	bewilligte Anträge	bewilligte Stellen
Berlin	54	879	0	0
Brandenburg	1096	1858	548	1009
Bremen	15	42	11	37
Hessen	8	10	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	343	497	202	289
Niedersachsen	1	1	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz	11	100	8	88
Sachsen	910	2343	235	487
Sachsen-Anhalt	184	471	22	28
Thüringen	46	56	29	32
Summe	2668	6257	1055	1970

25. Abgeordnete
**Kornelia
Möller**
(DIE LINKE.)

Wie und unter Einbeziehung welcher Mitarbeitergruppen haben sich im Rahmen der Grundversicherung in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und den einzelnen zugelassenen kommunalen Trägern die Betreuungsschlüssel (für unter 25-Jährige, über 25-Jährige sowie für die Durchführung der kommunalen Leistungen und die Verwaltung der passiven Leistungen) im Verhältnis zum Vorjahr entwickelt?

**Antwort des Staatssekretärs Franz-Josef Lersch-Mense
vom 31. Juli 2008**

Für die zugelassenen kommunalen Träger (zkT) liegen der Bundesregierung keine Personalstrukturdaten differenziert nach Aufgabenbereichen vor. Nur von einem Teil der zkT werden im Rahmen der jährlichen Mitarbeiterberichte Betreuungsschlüssel erhoben. Eine systematische Auswertung und Darstellung ist nicht möglich.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) vom 28. Juli 2008 stellt sich auf Bundesebene die Veränderung der Betreuungsrelationen in den Arbeitsgemeinschaften und Agenturen für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung (ARGEn/AAgAw) von Mai 2007 zu Mai 2008 wie folgt dar:

Entwicklung der Betreuungsrelationen in allen ARGEn/AAgAw

Kundengruppe	Mai 2007	Mai 2008
Unter 25-Jährige	1 zu 92	1 zu 98
Über 25-Jährige	1 zu 180	1 zu 171
Leistungsgewährung	1 zu 130	1 zu 126

Die Entwicklung der Betreuungsrelationen in den einzelnen ARGEn/AAgAw von Mai 2007 zu Mai 2008 entnehmen Sie bitte der unter der in der Antwort zu Frage 26 genannten Internetadresse veröffentlichten Anlage (Alle quantitativen Angaben zum Personal beziehen sich auf Mitarbeiterkapazitäten ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten, d. h. Arbeitsanteile wurden in Vollbeschäftigte umgerechnet.)

In Bezug auf das Personal werden bei der Berechnung der Betreuungsrelationen für über 25-Jährige (Ü25) und in der Leistungsgewährung im Zähler grundsätzlich Fach- und Assistenzkräfte herangezogen. Bei der Betreuungsrelation der unter 25-Jährigen (Ü25) werden ausschließlich Fachkräfte im engeren Sinne (Fallmanager/-innen, persönliche Ansprechpartner/-innen sowie Arbeitsvermittler/-innen) zugrunde gelegt. Darüber hinaus entscheiden die ARGEn in eigener Verantwortung über die Einbeziehung von Teamleitern/-innen in die o. g. Betreuungsschlüssel. Im Nenner des Betreuungsschlüssels U25 steht die Zahl der zu aktivierenden, unmittelbar betreuungsbedürftigen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHB). Dies sind alle arbeitssuchenden eHB – auch Arbeitslose und kurzfristige Maßnahmeteilnehmer/-innen sowie Ausbildungsplatzsuchende. Im Nenner des Betreuungsschlüssels Ü25 steht hingegen die Zahl aller erwerbsfähigen

Hilfebedürftigen und im Nenner des Betreuungsschlüssels zur Leistungsgewährung die Anzahl aller Bedarfsgemeinschaften.

Zu den Personalschlüsseln bei der Durchführung der kommunalen Aufgaben liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Auch die angegebenen Mitarbeiterkapazitäten in der unter der in der Antwort zu Frage 26 genannten Internetadresse veröffentlichten Anlage beinhalten keine Anteile für kommunale Aufgaben.

26. Abgeordnete
**Kornelia
Möller**
(DIE LINKE.)

Wie viele befristet angestellte Mitarbeiter arbeiten zurzeit in den Bereichen Leistungssachbearbeitung und Beratung sowie im Bereich der Leistungsberechnung der einzelnen ARGen und zkt, und wie hat sich der Anteil der befristet angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verhältnis zu den Vollzeitangestellten innerhalb des letzten Jahres entwickelt?

**Antwort des Staatssekretärs Franz-Josef Lersch-Mense
vom 31. Juli 2008**

Über den Anteil der befristet Beschäftigten am Gesamtpersonalkörper in den zugelassenen kommunalen Trägern liegen keine systematisch auswertbaren Daten vor.

Nach Angaben der BA waren zum 20. Mai 2008 bundesweit insgesamt ca. 11 000 Mitarbeiter/-innen der BA in den ARGen/AAGAw befristet beschäftigt. Von diesen waren ca. 6 000 im Bereich der Integration in das Erwerbsleben und ca. 5 000 im Bereich der Leistungsgewährung beschäftigt.

Die Zahl der Kräfte mit befristetem Arbeitsvertrag ist im Vergleich zum Vorjahresmonat von ca. 13 800 auf ca. 11 000 gesunken, was einem Rückgang von rd. 20 Prozent entspricht.

Der Anteil der befristet Beschäftigten am Gesamtpersonalkörper in den ARGen/AAGAw konnte von 23,3 Prozent in 2007 um 3,5 Prozentpunkte auf einen Anteil von derzeit 19,8 Prozent gesenkt werden.

In diesen Zahlen nicht enthalten sind weitere ca. 2 000 kommunale befristet Beschäftigte, die in den ARGen/AAGAw arbeiten und Aufgaben der BA in den ARGen/AAGAw wahrnehmen.

Der Rückgang der Kräfte mit befristetem Arbeitsvertrag der BA ist zum einen auf die Etatisierung von neuen Stellen mit den Personalhaushalten 2007 und 2008, zum anderen auf die Steuerungsmaßnahmen der BA in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Deutschen Bundestages bzw. der Bundesregierung (im Genehmigungsverfahren) zur Einhaltung der im Bundeshaushalt 2008 ausgebrachten Obergrenze für befristete Kräfte der BA zurückzuführen (vgl. hierzu Kapitel 11 12 Titel 636 13 Erläuterung Nr. 2).

Die Entwicklung der Anzahl der Kräfte mit befristetem Arbeitsvertrag in den einzelnen ARGen/AAGAw von Mai 2007 zu Mai 2008

entnehmen Sie bitte der Anlage, die unter der Internetadresse <http://dserver.bundestag.btg/btd/16/100/1610076.pdf> veröffentlicht ist.

27. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Schwerpunktthemen werden im Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe (letzter Bericht: 2004) für die 16. Wahlperiode, der bis März 2009 dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden soll, gesetzt, und welche Studien und Untersuchungen wurden hierfür in Auftrag gegeben?

**Antwort des Staatssekretärs Franz-Josef Lersch-Mense
vom 25. Juli 2008**

Der neue Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe für die 16. Legislaturperiode soll einerseits auf die Fortschritte in der Behindertenpolitik der letzten vier Jahre hinweisen, andererseits aber auch deutlich machen, wie sich die Behindertenpolitik in der nächsten Legislaturperiode weiterentwickeln soll.

Inhaltlich sollen vier Schwerpunkte gesetzt werden. Hierbei handelt es sich um die Bereiche „Gleichbehandlung behinderter Menschen auf nationaler und internationaler Ebene“, „Barrierefreiheit“, „Bildung, Beschäftigung und Teilhabe am Arbeitsleben“ sowie „Frühförderung, Gesundheit, Pflege und Soziale Sicherung“. Weiterhin wird der Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes aufgrund des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 30. November 2006 (Plenarprotokoll 16/70) im neuen Behindertenbericht aufgenommen.

Vorhandene Berichte und Studien der Bundesregierung über die Entwicklung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung werden zur Erstellung des Berichtes berücksichtigt. Die Bundesregierung hält es nicht für erforderlich, darüber hinaus weitere Studien oder Untersuchungen in Auftrag zu geben.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

28. Abgeordneter
Roland Claus
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Bundesländern kommen die während des Afghanistaneinsatzes seit 2002 umgekommenen Bundeswehrangehörigen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Thomas Kossendey
vom 30. Juli 2008**

Seit 2002 sind insgesamt 26 Bundeswehrangehörige während des Einsatzes bei der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF in Afghanistan ums Leben gekommen. Die Auflistung ihrer Herkunft ist der beigegeführten Tabelle zu entnehmen:

Bundesland	Anzahl
Baden-Württemberg	1
Bayern	3
Hessen	1
Niedersachsen	4
Nordrhein-Westfalen	5
Rheinland-Pfalz	2
Sachsen	3
Schleswig-Holstein	4
Thüringen	3
Gesamt	26

29. Abgeordneter
**Lutz
Heilmann**
(DIE LINKE.)

Wie kommt es, dass, laut Antwort der Bundesregierung auf Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/5085, die Flugzeugtypen PA 200 Tornado und F-4F Phantom der Bundeswehr bei der Landung niedrigere Lärmemissionen aufweisen als bei Überflügen der gleichen Flugzeugtypen in 150 Meter Höhe, und wo lagen bei den Messungen der Lärmemissionen dieser beiden Flugzeugtypen bei Start und Landung exakt die Messpunkte?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Thomas Kossendey
vom 29. Juli 2008**

Bei Überflügen bewegen sich die Luftfahrzeuge in der Regel mit höherer Geschwindigkeit in konstanter Flughöhe, während sich bei Landeanflügen die Luftfahrzeuge mit niedriger Geschwindigkeit und niedriger Triebwerksleistung im Sinkflug befinden. Daher entstehen bei Landeanflügen sowohl triebwerksseitig als auch strömungsmechanisch grundsätzlich weniger Schallemissionen.

Die maximalen Schalldruckpegel der beiden Luftfahrzeuge vom Typ Tornado und Phantom wurden für Starts und Landeanflüge in einer Flughöhe von 150 Metern über einem Punkt in Bodennähe direkt unterhalb der Flugbahn des sich im Steig- bzw. Sinkflug befindlichen Luftfahrzeugs aus einer Serie von Messdaten, unter Berücksichtigung von geometrischen und atmosphärischen Korrekturen, berechnet.

30. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind die Lärmemissionen des von der Bundeswehr genutzten Flugzeugtyps Eurofighter bei Starts und Landungen, die laut Antwort der Bundesregierung auf Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/5085 Ende April 2007 noch nicht vorlagen, und wo lagen bei den entsprechenden Messungen exakt die Messpunkte?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs

Thomas Kossendey
vom 29. Juli 2008

Beim Start eines Luftfahrzeugs vom Typ Eurofighter wurden an dem am Startbahnende direkt unterhalb der Flugbahn gelegenen Messpunkt in einer Serie von Messungen Schallspitzendruckpegel von im Durchschnitt 112 dB(A) gemessen. Aufgrund der Steigleistungsfähigkeit des Luftfahrzeugtyps befanden sich die Luftfahrzeuge dabei am Startbahnende im Mittel bereits in 287 Metern Höhe über Grund.

Bei der Landung eines Luftfahrzeugs vom Typ Eurofighter wurden an dem am Landebahnanflug mit seitlichem Abstand von 150 Metern zur Flugbahn gelegenen Messpunkten Schallspitzendruckpegel von 92 dB(A) gemessen. Die Luftfahrzeuge befanden sich dabei im Mittel in 16 Metern Höhe über Grund. Aufgrund der Anordnung der Mikrofone innerhalb des Flugplatzgeländes Laage wurde der Schallspitzendruckpegel für Landeanflüge in einer Flughöhe von 150 Metern direkt unterhalb der Flugbahn nicht gemessen.

Die Mikrofonhöhe bei den Messungen betrug jeweils 1,2 Meter über Grund.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

31. Abgeordneter
Klaus Brähmig
(CDU/CSU)
- Wofür werden die drastischen Mehreinzahlungen der sächsischen Krankenkassen in den Gesundheitsfonds in 2009 bei einem bereits derzeit absehbaren Einheitsbeitragssatz im nächsten Jahr von über 14,5 Prozent konkret verwendet?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin

Marion Caspers-Merk
vom 30. Juli 2008

Der Gesundheitsfonds organisiert ab dem 1. Januar 2009 die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung neu.

Bisher sind die Beiträge der einzelnen Krankenkassen so zu bemessen, dass sie zusammen mit den sonstigen Einnahmen die im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben der Krankenkassen sowie die vorgeschriebene Auffüllung der Rücklage decken. Gleiches gilt für die Mittelverwendung zum Start des Gesundheitsfonds. Nur wird der Beitragssatz, über den bislang jede Krankenkasse einzeln entscheiden konnte, zum Stichtag 1. Januar 2009 durch Rechtsverordnung der Bundesregierung nach Auswertung von Berechnungen eines beim Bundesversicherungsamt zu bildenden Schätzerkreises festgelegt.

Auch der künftige Beitragssatz ist so zu bemessen, dass die voraussichtlichen Beitragseinnahmen zusammen mit dem Bundeszuschuss, der von 2,5 Mrd. Euro in 2008 auf 4,0 Mrd. Euro in 2009 angehoben wird, ausreichen, um die voraussichtlichen Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu decken.

Zu betonen ist, dass etwaige Einnahmen- und Ausgabenveränderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nicht aus der Einführung des Gesundheitsfonds resultieren, sondern wie bisher der Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen und der Ausgabenentwicklung geschuldet sind. Das heißt auch ohne Gesundheitsfonds hätten diese Entwicklungen bei der Haushaltsplanung der einzelnen Krankenkassen berücksichtigt werden müssen und Beitragssatzanpassungen zur Folge gehabt.

Über die Höhe des einheitlichen allgemeinen Beitragssatzes wird im Herbst 2008 entschieden, weil erst dann die relevanten Daten zur voraussichtlichen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung zur Verfügung stehen.

32. Abgeordneter
**Klaus
Brähmig**
(CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass mit den Mehreinnahmen aus dem Freistaat Sachsen nicht ineffiziente Strukturen (Überangebot an Krankenhäusern/Krankenhausbetten) in anderen Bundesländern oder Missmanagement anderer Krankenkassen in anderen Bundesländern subventioniert werden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 30. Juli 2008**

Wie bereits ausgeführt, dienen die Einnahmen des Gesundheitsfonds allgemein der Deckung der Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung; eine konkrete Zuordnung bestimmter Einnahmen zu bestimmten Zwecken erfolgt nicht.

Die Krankenkassen erhalten vom Gesundheitsfonds pauschalisierte Zuweisungen pro Versicherten plus alters-, risiko- und geschlechtsadjustierte Zuschläge zur Deckung ihrer Leistungsausgaben. Kommt eine Krankenkasse mit den ihr zugewiesenen Mitteln nicht aus, muss sie Effizienzreserven erschließen; reicht auch dies nicht aus, erhebt sie von ihren Mitgliedern einen Zusatzbeitrag. Dieser kann bis zu einem Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen betragen. Krankenkassen,

die höhere Zuweisungen erhalten als zur Deckung ihrer Ausgaben erforderlich sind, können ihren Mitgliedern Prämien auszahlen, sofern sie über die gesetzlich vorgegebenen Finanzreserven verfügen.

Mit Einführung des Gesundheitsfonds erhöhen sich also zugleich die Anreize für die Krankenkassen zu wirtschaftlichem Verhalten, da nur standardisierte Leistungsausgaben mit Verwaltungskosten ausgeglichen werden. Ineffiziente Strukturen und ineffizientes Verwaltungshandeln in einzelnen Ländern bzw. Krankenkassen müssten folgerichtig dazu führen, dass dort ein Zusatzbeitrag erhoben wird. Dies wird den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen stärken.

33. Abgeordneter
Klaus Brähmig
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich das Bundesministerium für Gesundheit die im Bundesvergleich wesentlich niedrigeren GKV-Beitragssätze im Freistaat Sachsen, zumal die Zuweisungen aus dem Risikostrukturausgleich an die anderen neuen Bundesländer nach gleichen Rahmenbedingungen erfolgen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 30. Juli 2008**

Die vergleichsweise günstigen Beitragssätze der Krankenkassen, die der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterliegen, können auf zahlreiche Faktoren zurückzuführen sein, die die Bundesregierung im Einzelnen nicht bewerten kann. Insbesondere liegen ihr keine entsprechenden landesbezogenen Regionaldaten vor, die einen Vergleich mit anderen Ländern zulassen. Sofern die vergleichsweise günstigen Beitragssätze der sächsischen Regionalkassen auf wirtschaftlichere Versorgungsstrukturen zurückzuführen sind und diese auch in Zukunft beibehalten werden können, bestünde ggf. für diese Krankenkassen nach der Einführung des Gesundheitsfonds ab 2009 die Möglichkeit, Prämien an ihre Mitglieder auszuzahlen und sich dadurch im Wettbewerb zu profilieren.

34. Abgeordneter
Klaus Brähmig
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung die überdurchschnittliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Wettbewerbssituation sächsischer klein- und mittelständischer Unternehmen nach der drastischen Anhebung der Beitragssätze auf den o. g. Einheitsbeitragssatz in 2009 kompensieren?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 30. Juli 2008**

Die Bundesregierung geht davon aus, dass durch die Erhebung eines einheitlichen Beitragssatzes ab dem 1. Januar 2009 auf der Arbeitgeberseite je nach derzeitiger Zugehörigkeit der jeweiligen Beschäftigten

zu bestimmten Krankenkassen sowohl Be- als auch Entlastungseffekte entstehen können.

35. Abgeordneter
**Detlef
Parr**
(FDP)
- An welchem Termin soll die geplante Expertenanhörung zu den nationalen Aktionsprogrammen zur Alkohol- und Tabakprävention der Bundesregierung stattfinden, und wer hat diesen Termin festgelegt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 28. Juli 2008**

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung hat geplant, am 15. September 2008 ein Hearing zu den nationalen Aktionsprogrammen zur Alkohol- und Tabakprävention durchzuführen.

36. Abgeordneter
**Detlef
Parr**
(FDP)
- Wer wird die Tagesordnung zur Expertenanhörung und die Liste der Sachverständigen nach welchen Kriterien bestimmen, und wann wird man diese Informationen verschicken?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 28. Juli 2008**

Die Tagesordnung wird etwa vier Wochen vor dem genannten Termin von der Geschäftsstelle der Drogenbeauftragten versandt. Die Liste der Sachverständigen setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsunternehmen und anderen Einrichtungen und Verbänden wie z. B. der Bundesärztekammer, der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, der Wissenschaft und der Kommunalen Spitzenverbände. Zudem werden als Vertreterinnen und Vertreter der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien deren suchtpolitische Sprecherinnen und Sprecher eingeladen.

37. Abgeordneter
**Detlef
Parr**
(FDP)
- Wie wird man sicherstellen, dass vor allem die durch die geplanten Maßnahmen betroffenen Industrien und Verbände gehört werden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 28. Juli 2008**

Mit der Einladung zum Hearing werden alle Beteiligten zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert. Diese Stellungnahmen bilden die Grundlage für den Austausch im Rahmen des Hearings.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

38. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung weiterhin davon aus, dass der Förderverein Berliner Schloss e. V. mindestens einen Betrag von 80 Mio. Euro aus Spenden zur Erstellung der Fassade zur Verfügung stellen wird, und ist die Bundesregierung bereit, anstelle der monetären Leistungen Sachleistungen, beispielsweise Fassadenelemente, zu akzeptieren?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick
vom 28. Juli 2008**

In der 54. Sitzung des Haushaltsausschusses am 7. November 2007 wurde bei den Festlegungen zur Finanzierung des Bauvorhabens Wiedererrichtung des Schlosses/Humboldt-Forum beschlossen, dass ein angenommenes Spendenaufkommen in Höhe von mindestens 80 Mio. Euro Finanzierungsbestandteil sein soll. Die Bundesregierung geht davon aus, dass dieses Ziel durch entsprechendes bürgerschaftliches Engagement erreicht wird.

Von privaten Initiativen und Spendern werden Barmittel erwartet.

39. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welche Wasserstraßenprojekte des Bundesverkehrswegeplanes wurden Kosten-Nutzen-Analysen in den vergangenen 20 Jahren durch die Bundesregierung bzw. nachgeordnete Einrichtungen in Auftrag gegeben, und welche weiteren Gutachten des Bundes bzw. im Auftrag des Bundes aus diesem Zeitraum befassen sich mit Fragen der Wirtschaftlichkeit in der Binnenschifffahrt?
40. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gutachterbüros wurden mit diesen Kosten-Nutzen-Analysen bzw. Gutachten beauftragt (bitte einzeln aufschlüsseln), und welche Kosten sind dafür entstanden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick
vom 30. Juli 2008**

Die Fragen 39 und 40 werden wegen ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Akten zu Unterlagen im Vorfeld des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2003 sind aufgrund von Vorgaben des Bundesarchivs

„Orientierungswerte für Aufbewahrungsfristen von Schriftgut der obersten Bundesbehörden“ bereits ausgesondert.

Für den BVWP 2003 wurden Nutzen-Kosten-Untersuchungen für eine Vielzahl erwogener Projekte und Projektvarianten im Rahmen des Gutachtens „Gesamtwirtschaftliche Bewertung erwogener Wasserstraßenprojekte“ von Planco Consulting GmbH, Essen, im Januar 2002 erstellt. Schlussrechnungssumme: 373 945,59 Euro.

Ergänzend wurden eine „Sensitivitätsrechnung zur Bewertung des Ausbaus der Saale unter Berücksichtigung eines an die Ergebnisse der Koalitionsvereinbarung angepassten Bezugsfallnetzes“ (Auftragswert: 17 925 Euro) im Juni 2003 und die „Gesamtwirtschaftlichen Untersuchungen zum Ausbau der Mittelweser sowie zum Neubau eines Weser-Jade-Kanals“ (Auftragswert: 134 800 Euro) im Mai 2003 durch Planco Consulting GmbH erstellt. Die „Nutzen-Kosten-Analyse zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen“ (nicht über Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung abgerechnet) wurde im Jahr 1999 ebenfalls durch Planco Consulting GmbH erstellt.

Im Ergebnis dieser Untersuchungen sind folgende Projekte als „Neue Vorhaben“ im Bundesverkehrswegeplan 2003 enthalten:

1. Unterweser: Nordenham–Bremen: Vertiefung für Panmax-Schiffe mit 12,8 m Abladetiefe bis Brake und 11,1 m (tideabhängig) bis Bremen
2. Main: Mündung Rhein–Aschaffenburg: Vertiefung für 3,1 m abgeladene GMS und SV
3. Donau: Straubing–Vilshofen: Strombaumaßnahmen (Variante A)
4. Saale: Calbe–Mündung Elbe: Ausbau (Variante Schleusenkanal Tornitz ohne Wehr (Stau) in der Saale)
5. Mosel: Bau zweiter Schleusenkammer in Koblenz, Lehmen, Müden; St. Adelgund, Enkirch, Wintrich, Detzem, Trier
6. Mittelweser: Bau der Schleusen in Dörverden und Minden mit mindestens 140 m Nutzlänge in Verbindung mit Ersatz.

Ferner wurden folgende Gutachten des Bundes bzw. im Auftrag des Bundes erstellt, die sich mit Fragen der Wirtschaftlichkeit in der Binnenschifffahrt befassen:

1. Potenziale und Zukunft der deutschen Binnenschifffahrt
Auftragswert: 206 474 Euro
Auftragnehmer: Planco Consulting GmbH, Essen
2. Technische und wirtschaftliche Konzepte für flussangepasste Binnenschiffe
Auftragswert: 34 770 Euro
Auftragnehmer: Versuchsanstalt für Binnenschiffbau e. V., Duisburg

3. Verkehrswirtschaftlicher und ökologischer Vergleich der Verkehrsträger Straße, Bahn und Wasserstraße
Auftragswert: 328 000 Euro
Auftragnehmer: Planco Consulting GmbH, Essen
4. Grobabschätzung der Konkurrenzfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Einsatzes schneller Schiffe auf Binnenwasserstraßen
Auftragswert: 38 628,79 Euro
Ersteller: Planco Consulting GmbH, Essen.
41. Abgeordnete
Maria Michalk
(CDU/CSU)
- Wann wird der zweigleisige Ausbau der Strecke Hoyerswerda–Horka und weiter, der künftig als Vorrangstrecke für den Güterverkehr rund 60 Prozent des grenzüberschreitenden Schienengüterverkehrs zwischen Deutschland und Polen bewältigen soll, beendet sein, und für wann sieht der entsprechende Staatsvertrag den Neubau der Eisenbahngrenzbrücke für zwei Gleise über die Lausitzer Neiße bei Horka von polnischer Seite vor?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick
vom 29. Juli 2008**

Die Realisierung des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Hoyerswerda–Horka–Grenze Deutschland/Polen für 120 km/h einschließlich Elektrifizierung ist in Abstimmung mit der Deutschen Bahn AG im Mittelfristzeitraum vorgesehen. Derzeit werden die planerischen Voraussetzungen geschaffen, um mit dem Ausbau im Jahr 2010 beginnen zu können. Bei teilweiser Totalsperrung der Strecke über einen Zeitraum von einem Jahr wäre mit einer Fertigstellung im Jahr 2013 zu rechnen.

Mit dem deutsch-polnischen Staatsvertrag zu den Eisenbahngrenzbrücken über die Oder und Lausitzer Neiße werden Termine für den Neubau der Grenzbrücken ausdrücklich nicht genannt, da diese vom Zustand der Brücken abhängig und von Fall zu Fall gesondert festzulegen sind.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass mit der voraussichtlichen Fertigstellung des deutschen Abschnittes der so genannten Niederschlesischen Magistrale auch die neue Grenzbrücke bei Horka zur Verfügung stehen wird.

42. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sind nach Kenntnis der Bundesregierung der derzeitige Projektstand der im aktuellen Investitionsrahmenplan bis 2010 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes (IRP) eingestellten Straßenbauprojekte Schleswig-Holsteins und die Entwicklung des Finanzbedarfs und der Finanzkosten?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick
vom 24. Juli 2008**

In dem aktuellen Investitionsrahmenplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung stellen sich die derzeitigen Projektstände und Gesamtkosten der im IRP eingestellten Straßenbauprojekte Schleswig-Holsteins wie folgt dar:

Straße Nr.	Vorhaben (VKE-Bezeichnung)	Projektstand	Gesamtkosten (Mio. €)
Autobahnen			
A 1	Anschlussstelle Oldenburg-Nord - Anschlussstelle Heiligenhafen-Mitte	Verkehrsfreigabe am 25.08.2008	42,2
A 1	Anschlussstelle Heiligenhafen-Mitte - Anschlussstelle Heiligenhafen-Ost (Bundesstraße 501)	1. Spatenstich am 25.08.2008	17,5
A 20	Anschlussstelle Autobahn A 23 (Hohenfelde) – Bundesstraße B 431 (Glückstadt) ¹⁾	in der Planfeststellung	144,5
A 20	Wittenborn (Bundesstraße B 206) – Weede ²⁾	in der Planfeststellung	149,7
A 20	Weede - Geschendorf	in Bau	35,5
A 20	Geschendorf - Lübeck (Autobahn A 1)	in Bau	95,0
A 21	Anschlussstelle Wahlstedt (Bundesstraße B 205) - Anschlussstelle Bornhöved	unter Verkehr	26,0
A 21	Stolpe (n Anschlussstelle Wankendorf) - Klein Barkau	z. T. in der Planfeststellung	80,7
A 23	Anschlussstelle Itzehoe-Süd - Anschlussstelle Itzehoe-Nord	planfestgestellt	65,6
Bundesstraßen			
B 5	Ortsumgehung Hattstedt	Vorentwurf genehmigt ³⁾	54,0
B 5	Ortsumgehung Breklum/Struckum		
B 5	Ortsumgehung Bredstedt		
B 104	Ortsumgehung Schlutup (2. Bauabschnitt)	in Bau	8,0
B 202	Ortsumgehung Tating	Vorentwurf genehmigt	6,2
B 206	Ortsumgehung Bad Bramstedt	in Bau	27,6
B 207	Pogeez - Lübeck (Ortsumgehung Groß Grönau, 1. Bauabschnitt)	unter Verkehr	26,0
B 207	Pogeez - Lübeck (Ortsumgehung Groß Grönau, 2. Bauabschnitt)	in Bau	17,9
B 209	Nord- Ortsumgehung Schwarzenbek	Vorentwurf	21,2

1) Neuer Vorhabenzuschnitt: im IRP AS A 23 – L 110 (Teilabschnitt).

2) Neuer Vorhabenzuschnitt: im IRP Wahlstedt – Weede.

3) Im Vorentwurf ein Vorhaben.

Aussagen zum aktuellen Finanzbedarf ab 2008 der Straßenbauprojekte können erst nach der Haushalts- und Finanzierungsprogrammbeurteilung mit der Auftragsverwaltung des Landes Schleswig-Holstein im Herbst 2008 getroffen werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

43. Abgeordneter
**Horst
Friedrich
(Bayreuth)
(FDP)**
- Wann rechnet die Bundesregierung mit der Umsetzung einer Fluglärmschutzverordnung, welche die Lärmgrenzwerte des im Dezember 2006 beschlossenen Fluglärmgesetzes umsetzt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller
vom 30. Juli 2008**

Das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm gilt seit dem 7. Juni 2007 in seiner novellierten Fassung. Das novellierte Gesetz enthält verschiedene Ermächtigungen für den Erlass von Verordnungen, die dem einheitlichen und effizienten Gesetzesvollzug dienen sollen. Die Verordnung über die Datenerfassung und über das Berechnungsverfahren für die Festsetzung von Lärmschutzbereichen (1. FlugLSV), die als erste für den Vollzug benötigt wird und daher Priorität besitzt, wurde am 30. Juli 2008 vom Bundeskabinett beschlossen. Anschließend wird sie dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet. Das weitere Verfahren zur geplanten Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm (2. FlugLSV) wird ebenfalls mit Nachdruck vorangetrieben. Diese Verordnung soll die Schallschutzmaßnahmen im Lärmschutzbereich, insbesondere die Schalldämmmaße, regeln und damit die geltende Schallschutzverordnung von 1974 ersetzen oder aktualisieren, die noch auf dem Fluglärmgesetz von 1971 basiert. Entsprechend der Ermächtigung in § 7 des Gesetzes werden in dieser Verordnung Schallschutzanforderungen einschließlich Anforderungen an Belüftungseinrichtungen unter Beachtung des Standes der Schallschutztechnik im Hochbau festgelegt. Eine weitere Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm soll die Außenwohnbereichsentschädigung im Falle des Neubaus oder der wesentlichen baulichen Erweiterung von Flugplätzen im Einzelnen regeln. Die fachlichen Vorbereitungen für diese Verordnung sind ebenfalls im Gange.

44. Abgeordneter
**Horst
Friedrich
(Bayreuth)
(FDP)**
- Weshalb war die Bundesregierung bisher nicht in der Lage, eine entsprechende Fluglärmschutzverordnung vorzulegen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller
vom 4. Juli 2008**

Im Hinblick auf den zeitnahen Erlass der o. g. Verordnungen zur Durchführung des novellierten Fluglärmsgesetzes wurden bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, zum Teil vor der Verabschiedung der Gesetzesnovelle, die fachlichen Vorarbeiten für die Verordnungen eingeleitet. Dabei waren auch Experten aus den beteiligten Kreisen eingebunden. Bei den Vorarbeiten und Beratungen zeigte sich, dass die Klärung wichtiger fachlicher und rechtlicher Fragen und die Umsetzung der Resultate intensiver und zeitaufwändiger Prüfungen bedurften.

- | | |
|--|---|
| 45. Abgeordnete
Bärbel
Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Warum ist die 38. BImSchV bis heute nicht in Kraft getreten, und beabsichtigt die Bundesregierung für die Zukunft weiter das sogenannte Co-Hydrotreating von Palmöl zuzulassen? |
|--|---|

**Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig
vom 28. Juli 2008**

Das in der Verordnung zur Quotenanrechnung bestimmter biogener Öle (38. BImSchV) geregelte Co-Hydrotreating soll künftig erst dann bei der Erfüllung der Biokraftstoffquoten berücksichtigt werden, wenn es ein wirksames Nachweisverfahren über die Einhaltung von zielführenden Nachhaltigkeitskriterien für die Biomasseproduktion gibt. Sofern die EU-Nachhaltigkeitskriterien noch im Jahr 2008 innerhalb der anstehenden Novelle der Kraftstoffrichtlinie beschlossen werden, soll deshalb eine Umsetzung dieser Kriterien in nationales Recht durch eine Verordnung bis Mitte 2009 angestrebt werden. Die nationale Umsetzungsverordnung könnte in diesem Fall mit geeigneten Übergangsfristen für die betroffene Wirtschaft Ende 2009/Anfang 2010 wirksam werden. Das Co-Hydrotreating könnte ab diesem Zeitpunkt zugelassen werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist die 38. BImSchV aufgehoben worden. Dies erfolgte auch deshalb, weil die Europäische Kommission Deutschland im Rahmen des Verfahrens zur Notifizierung der 38. BImSchV nach der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. EG Nr. L 204 vom 21. Juli 1998 S. 37), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/96/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. EU Nr. L 363 vom 20. Dezember 2006 S. 81) darauf hingewiesen hat, dass Klärungen hinsichtlich der Mitteilungspflichten nach der Richtlinie 98/34/EG notwendig sind.

46. Abgeordnete
Undine Kurth (Quedlinburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche inhaltlichen und organisationsstrukturellen Ziele verfolgte und verfolgt die Bundesregierung bei ihrem Engagement für die Schaffung der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“, und welche Erkenntnisse liegen in diesem Zusammenhang der Einschätzung zugrunde, dass der Verband Deutscher Naturparke e. V. (VDN) eine „Verweigerungshaltung“ einnehme und sich und seine Mitglieder politisch in die Isolation treibe, wie die Parlamentarische Staatssekretärin Astrid Klug mit Schreiben an den VDN vom 9. Januar 2008 geäußert haben soll?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 30. Juli 2008

Die Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ ist nach dem Vorbild des amerikanischen „National Park Service“ mit dem Ziel entwickelt worden, die Großschutzgebiete Deutschlands (Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke) durch ein gemeinsames Corporate Design in ihrer Außendarstellung und Wahrnehmbarkeit zu stärken. Dahinter steht auch die Überlegung, dass gerade für weniger bekannte Großschutzgebiete der Nutzen des gemeinsamen Daches „Nationale Naturlandschaften“ groß ist, weil sie durch den gemeinsamen Auftritt mit Gebieten, die entweder aufgrund ihres Status, wie z. B. Nationalparke, oder aufgrund ihrer Bedeutung als touristische Destination, wie z. B. der Naturpark Altmühltal, über einen höheren Bekanntheitsgrad verfügen, profitieren können.

Die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gewünschte Kooperation der beiden Dachverbände EUROPARC Deutschland und Verband Deutscher Naturparke hat sich im Verlauf des Vorhabens als schwierig dargestellt. Der vor diesem Hintergrund gestartete Moderationsprozess hat die Gegensätze nicht auflösen können und wurde deshalb beendet. Die in dem Schreiben der Parlamentarischen Staatssekretärin Astrid Klug genannten Einschätzungen beruhen auf den Erfahrungen aus diesem Moderationsprozess.

47. Abgeordnete
Undine Kurth (Quedlinburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die vom EUROPARC Deutschland gegenüber dem Verband Deutscher Naturparke (VDN) ausgesprochene außerordentliche Kündigung des am 14. Dezember 2006 abgeschlossenen Lizenzvertrages über die Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“, und welche Gründe sind der Bundesregierung bekannt, die dafür sprechen, dass diese Marke – als Dachmarke der deutschen Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke – auch ohne Beteiligung des VDN (als Dachverband der deutschen Naturparke, dem 96 der 100 deutschen Naturparke angehören) mit Aktion und Leben erfüllt werden könnte?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller
vom 30. Juli 2008**

Trotz der Kündigung des Lizenzvertrags zwischen EUROPARC Deutschland und dem Verband Deutscher Naturparke steht die Nutzung der Dachmarke allen Naturparken, auch soweit sie ausschließlich Mitglied des Verbands Deutscher Naturparke sind, offen. Die Mitgliedschaft eines Naturparks im Verband Deutscher Naturparke bleibt bei Abschluss eines Lizenzvertrags über die Nutzung der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ mit EUROPARC Deutschland unberührt. Von dieser Möglichkeit haben einige Naturparke sowie die Naturparke Brandenburgs bereits geschlossen Gebrauch gemacht.

- | | |
|---|---|
| 48. Abgeordnete
Undine
Kurth
(Quedlinburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Wie bewertet die Bundesregierung den vom VDN mit Schreiben vom 23. Mai 2008 EUROPARC Deutschland unterbreiteten Lizenz- und Kooperationsvertrag (der auch der Bundesregierung zur Kenntnis gegeben wurde), und wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Nutzung der Marke „Nationale Naturlandschaften“ durch den VDN auch über den 31. Dezember 2008 hinaus möglich bleibt? |
|---|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller
vom 30. Juli 2008**

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat während des von ihm initiierten Moderationsprozesses mehrfach deutlich gemacht, dass jede Form der weiteren Zusammenarbeit einer soliden Vertrauensbasis zwischen EUROPARC Deutschland und dem Verband Deutscher Naturparke bedarf. Dieses ist zurzeit erkennbar nicht gegeben. Die weitere Nutzung der Marke „Nationale Naturlandschaften“ durch den VDN über den 31. Dezember 2008 hinaus setzt die Herstellung des Einvernehmens mit EUROPARC Deutschland voraus.

- | | |
|---|--|
| 49. Abgeordnete
Undine
Kurth
(Quedlinburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Seit wann und mit welchen öffentlichen Mitteln hat die Bundesregierung die Entwicklung der Marke „Nationale Naturlandschaften“ unterstützt und gefördert, und wer hat die Markenrechte inne? |
|---|--|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller
vom 30. Juli 2008**

Initiator und Inhaber der Markenrechte ist EUROPARC Deutschland. Die Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ wird seit 2005 in Kooperation zwischen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

und einigen Ländern gefördert. Der Anteil des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit an dieser Förderung beträgt 267 780 Euro.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

50. Abgeordneter
**Jürgen
Trittin**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Konnte eine 1,5-MW-Windkraftanlage aus Deutschland von GE (General Electric), um die sich, wie mir bei meinem Besuch in China Anfang April dieses Jahres berichtet wurde, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zu Ausbildungszwecken für das von der GTZ geförderte Joint Venture mit der China Longyuan Electric Power Group Corp. erfolglos bemühte, inzwischen erworben und nach China gebracht werden, und wenn nein, warum nicht?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Kortmann
vom 29. Juli 2008**

Die ausgediente Windkraftanlage von General Electric, die im Rahmen des Vorhabens der technischen Zusammenarbeit „Forschungs- und Ausbildungszentrum für Windenergie“ in der Volksrepublik China zu Ausbildungszwecken eingesetzt werden sollte, konnte nicht angeschafft werden, da infolge eines personellen Wechsels bei GE andere Prioritäten gesetzt wurden.

Mittlerweile konnte aber vor Ort in China vom Partner China Longyuan Elektric Power Group Corp. eine geeignete kleinere Windkraftanlage erworben werden.

Zurzeit werden Angebote für die Umrüstungsmaßnahmen erstellt, damit diese zu Trainingszwecken eingesetzt werden kann. Es ist geplant, dass die Windkraftanlage zu Trainingszwecken ab Anfang 2009 zur Verfügung steht.

Berlin, den 1. August 2008

Entwicklung der Betreuungsschlüssel und befristeten Kräfte in den ARGE/AaGaw				Personalstrukturdaten																		Betreuungsschlüssel								
				befristete Kräfte der BA im Bereich Markt & Integration			befristete Kräfte der BA im Bereich Leistungsgewährung			befristete Kräfte der BA INSGESAMT			Mitarbeiterkapazität INSGESAMT			Anteil befristeter Kräfte der BA an der Gesamtkapazität			unter 25jährige			über 25jährige			Leistungsgewährung					
Bundesland	Kreis/schlüssel	Kommunaler Träger (Landkreis/kreis/ Stadt)	Agentur für Arbeit	Aktive Trägernummer	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %		
Summen bzw. Ø		373			7.342	5.941	-19,1%	6.455	5.075	-21,4%	13.797	11.016	-20,2%	55.344	55.800	0,8%	23,3%	19,8%	-3,5%	92	98	6,5%	180	171	-4,7%	130	126	-3,3%		
Berlin	11002	Friedrichshain-Kreuzberg	Berlin Mitte	962.02	126	96	-23,9%	93	48	-48,6%	218	143	-34,4%	497	504	1,3%	43,9%	28,4%	-15,5%	121	119	-2,2%	202	208	3,1%	162	167	2,9%		
Berlin	11001	Mitte	Berlin Mitte	962.04	150	111	-26,0%	86	53	-39,0%	236	163	-30,8%	557	599	7,6%	42,4%	27,3%	-15,1%	142	112	-21,4%	223	217	-2,7%	167	167	0,5%		
Berlin	11010	Marzahn-Hellersdorf	Berlin Mitte	964.02	60	62	3,5%	79	38	-51,4%	138	100	-27,6%	403	442	9,7%	34,4%	22,7%	-11,7%	121	143	18,2%	230	194	-15,7%	139	141	1,5%		
Berlin	11011	Lichtenberg	Berlin Mitte	964.04	67	60	-10,5%	99	70	-29,5%	166	130	-21,8%	412	426	3,6%	40,2%	30,4%	-9,9%	120	120	0,7%	186	185	-0,8%	127	126	-1,2%		
Berlin	11004	Charlottenburg-Wilmersdorf	Berlin Nord	955.02	82	54	-33,9%	100	72	-28,8%	183	126	-31,1%	384	406	5,8%	47,6%	31,0%	-16,6%	98	88	-10,3%	168	180	7,3%	130	116	-10,8%		
Berlin	11003	Pankow	Berlin Nord	955.04	87	59	-31,7%	122	89	-26,9%	208	148	-28,9%	467	494	5,8%	44,7%	30,0%	-14,7%	117	95	-18,6%	170	178	4,9%	144	132	-8,2%		
Berlin	11012	Reinickendorf	Berlin Nord	955.06	97	81	-17,0%	69	46	-32,9%	166	127	-23,6%	359	375	4,3%	46,1%	33,8%	-12,3%	151	148	-1,8%	139	147	5,1%	127	123	-3,0%		
Berlin	11005	Spandau	Berlin Nord	955.08	73	45	-38,1%	42	27	-36,6%	115	72	-37,6%	359	346	-3,7%	32,1%	20,8%	-11,3%	154	163	6,3%	235	262	11,4%	121	126	4,5%		
Berlin	11008	Neukölln	Berlin Süd	922.02	123	90	-27,2%	125	107	-14,3%	248	196	-20,7%	658	698	6,0%	37,6%	28,1%	-9,5%	74	94	28,5%	160	175	9,4%	167	126	-24,4%		
Berlin	11009	Treptow-Köpenick	Berlin Süd	922.04	53	47	-11,3%	57	42	-26,5%	110	89	-19,2%	271	317	17,0%	40,6%	28,0%	-12,6%	59	71	19,8%	158	139	-12,3%	142	118	-17,3%		
Berlin	11006	Steglitz-Zehlendorf	Berlin Süd	944.02	70	41	-42,5%	54	50	-7,5%	124	90	-27,3%	240	276	15,0%	51,8%	32,7%	-19,1%	53	68	29,0%	186	159	-14,5%	136	117	-14,4%		
Berlin	11007	Tempelhof-Schöneberg	Berlin Süd	944.06	107	88	-17,6%	107	105	-2,0%	214	193	-9,8%	459	512	11,6%	46,6%	37,6%	-9,0%	55	85	55,1%	166	188	13,0%	160	128	-20,1%		
Brandenburg	12052	Cottbus, Stadt	Cottbus	035.02	0	2		5	3	-36,8%	5	5	5,3%	152	147	-3,8%	3,1%	3,4%	0,3%	177	96	-45,7%	175	205	17,0%	135	116	-13,7%		
Brandenburg	12062	Elbe-Elster	Cottbus	035.04	4	3	-25,0%	20	11	-45,0%	24	14	-41,7%	183	180	-1,5%	13,1%	7,8%	-5,3%	282	95	-66,2%	163	167	2,5%	93	92	-1,2%		
Brandenburg	12066	Oberspreewald-Lausitz	Cottbus	035.06	15	16	6,7%	23	19	-17,4%	38	35	-7,9%	212	216	1,8%	17,9%	16,2%	-1,7%	188	68	-63,5%	152	142	-6,2%	116	102	-11,6%		
Brandenburg	12060	Barnim	Eberswalde	036.02	16	14	-11,2%	24	9	-62,2%	40	23	-41,9%	236	224	-5,0%	16,7%	10,3%	-6,5%	147	128	-12,9%	273	257	-6,0%	129	131	1,3%		
Brandenburg	12053	Frankfurt (Oder), Stadt	Frankfurt/Oder	037.02	11	5	-54,5%	12	11	-8,3%	23	16	-30,4%	118	124	5,1%	19,5%	12,9%	-6,6%	70	69	-2,1%	154	171	11,1%	123	102	-17,3%		
Brandenburg	12064	Märkisch-Oderland	Frankfurt/Oder	037.08	35	33	-5,7%	19	28	47,4%	54	61	13,0%	243	249	2,7%	22,3%	24,5%	2,2%	75	72	-4,3%	180	194	7,6%	134	128	-4,6%		
Brandenburg	12070	Prignitz	Neuruppin	038.04	19	13	-32,9%	23	17	-27,0%	42	30	-29,6%	138	141	2,0%	30,4%	21,0%	-9,4%	76	90	18,3%	259	152	-41,2%	132	136	3,0%		
Brandenburg	12063	Havelland	Neuruppin	038.26	12	21	75,0%	26	25	-4,7%	38	46	20,4%	218	205	-5,7%	17,5%	22,3%	4,9%	82	100	22,4%	246	142	-42,4%	177	151	-14,8%		
Brandenburg	12051	Brandenburg an der Havel, Stadt	Potsdam	039.02	15	25	66,7%	13	13	0,0%	28	38	35,7%	127	142	12,2%	22,0%	26,7%	4,6%	63	68	8,2%	171	125	-26,7%	148	137	-7,5%		
Brandenburg	12054	Potsdam, Stadt	Potsdam	039.04	21	22	4,8%	35	39	11,4%	56	61	8,9%	168	164	-2,6%	33,3%	37,3%	4,0%	76	76	0,4%	189	168	-11,1%	103	124	20,8%		
Brandenburg	12072	Teltow-Fläming	Potsdam	039.08	59	51	-13,6%	36	23	-36,1%	95	74	-22,1%	193	196	1,3%	49,2%	37,8%	-11,4%	74	71	-3,9%	142	120	-15,3%	114	116	1,9%		
Brandenburg	12069	Potsdam-Mittelmark	Potsdam	039.14	0	4		20	19	-5,0%	20	23	15,0%	151	169	11,9%	13,2%	13,6%	0,4%	85	75	-11,8%	227	199	-12,5%	119	98	-17,5%		
Brandenburg	12061	Dahme-Spreewald	Potsdam	039.22	27	20	-25,9%	25	22	-12,0%	52	42	-19,2%	165	164	-0,8%	31,5%	25,6%	-5,9%	92	78	-15,3%	167	173	3,2%	127	109	-14,0%		
Baden - Württemberg	08136	Ostalbkreis	Aalen	611.02	3	5	50,0%	17	20	18,0%	20	24	22,8%	127	134	4,8%	15,5%	18,1%	2,7%	72	72	0,2%	227	191	-15,6%	111	105	-4,8%		
Baden - Württemberg	08135	Heidenheim	Aalen	611.08	19	13	-31,3%	6	7	16,7%	25	20	-19,8%	62	67	7,9%	40,4%	30,0%	-10,4%	74	78	5,4%	233	215	-7,5%	136	88	-35,0%		
Baden - Württemberg	08417	Zollernalbkreis	Balingen	614.02	21	19	-9,8%	7	2	-79,2%	28	20	-27,8%	74	73	-2,2%	37,3%	27,5%	-9,8%	82	90	8,9%	159	162	1,6%	141	147	4,1%		
Baden - Württemberg	08437	Sigmaringen	Balingen	614.06	12	10	-16,3%	3	4	40,0%	15	14	-6,8%	49	51	3,0%	29,9%	27,1%	-2,9%	104	132	26,9%	156	151	-3,5%	152	128	-15,9%		
Baden - Württemberg	08315	Breisgau-Hochschwarzwald	Freiburg	617.02	13	12	-9,7%	13	14	7,7%	26	26	-1,0%	75	91	21,1%	34,7%	28,3%	-6,3%	49	40	-17,8%	124	117	-5,7%	132	85	-35,3%		
Baden - Württemberg	08316	Emmendingen	Freiburg	617.04	6	8	40,0%	4	4	0,0%	10	12	24,0%	47	44	-4,9%	21,4%	27,9%	6,5%	68	73	8,1%	114	111	-2,9%	208	181	-13,2%		
Baden - Württemberg	08311	Freiburg im Breisgau, Stadt	Freiburg	617.06	35	32	-7,7%	33	28	-14,2%	68	60	-10,9%	154	157	2,0%	43,9%	38,4%	-5,5%	99	96	-3,2%	156	147	-5,7%	130	124	-4,7%		
Baden - Württemberg	08116	Esslingen	Göppingen	621.02	37	22	-39,7%	20	14	-28,2%	56	36	-35,7%	192	187	-2,3%	29,2%	19,3%	-10,0%	76	76	-0,2%	169	174	3,4%	139	134	-3,7%		
Baden - Württemberg	08117	Göppingen	Göppingen	621.06	14	14	3,7%	18	11	-37,1%	31	25	-19,4%	95	98	3,2%	32,8%	25,6%	-7,2%	88	101	15,0%	190	157	-17,3%	132	136	2,9%		
Baden - Württemberg	08221	Heidelberg, Stadt	Heidelberg	624.02	21	12	-42,9%	19	6	-68,4%	40	18	-55,0%	66	65	-1,0%	60,7%	27,6%	-33,1%	100	92	-7,7%	181	180	-0,4%	142	151	6,1%		
Baden - Württemberg	08226	Rhein-Neckar-Kreis	Heidelberg	624.04	70	40	-42,6%	44	27	-39,3%	115	67	-41,3%	229	208	-9,4%	50,0%	32,4%	-17,6%	79	81	3,1%	159	193	21,2%	128	137	7,1%		
Baden - Württemberg	08121	Heilbronn, Stadt	Heilbronn	627.02	18	13	-26,3%	16	10	-38,1%	34	23	-31,8%	80	77	-2,9%	42,5%	29,9%	-12,6%	73	71	-2,9%	212	236	11,4%	119	116	-3,0%		
Baden - Württemberg	08125	Heilbronn	Heilbronn	627.04	18	15	-16,7%	11	10	-12,3%	29	24	-15,1%	86	87	2,1%	33,7%	28,0%	-5,6%	74	70	-5,8%	221	213</						

Entwicklung der Betreuungsschlüssel und befristeten Kräfte in den ARGen/AAgAw				Personalstrukturdaten															Betreuungsschlüssel									
Quelle: Personalmonitoring SGB II in den ARGen/AAgAw mit Stand 20.05.2008/2007 Die Daten beruhen auf Angaben und Berechnungen der ARGen/AAgAw und sind deshalb nur sehr eingeschränkt valide!				befristete Kräfte der BA im Bereich Markt & Integration			befristete Kräfte der BA im Bereich Leistungsgewährung			befristete Kräfte der BA INSGESAMT			Mitarbeiterkapazität INSGESAMT			Anteil befristeter Kräfte der BA an der Gesamtkapazität			unter 25jährige			über 25jährige			Leistungsgewährung			
				20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	
Bundesland	Kreis/schlüssel	Kommunaler Träger (Landkreis/kreisf. Stadt)	Agentur für Arbeit	Aktive Trägernummer																								
	Summen bzw. Ø	373			7.342	5.941	-19,1%	6.455	5.075	-21,4%	13.797	11.016	-20,2%	55.344	55.800	0,8%	23,3%	19,8%	-3,5%	92	98	6,5%	180	171	-4,7%	130	126	-3,3%
Baden - Württemberg	08211	Baden-Baden, Stadt	Rastatt	657.02	4	4	2,6%	5	6	21,8%	9	11	12,8%	33	35	6,4%	28,9%	30,6%	1,7%	39	62	57,3%	120	169	41,2%	134	119	-10,8%
Baden - Württemberg	08216	Rastatt	Rastatt	657.04	16	13	-19,5%	12	7	-39,3%	28	20	-28,2%	74	70	-4,3%	37,9%	28,4%	-9,5%	47	73	55,1%	166	198	18,9%	121	133	9,4%
Baden - Württemberg	08436	Ravensburg	Ravensburg	661.02	12	13	5,4%	11	11	0,0%	23	24	2,8%	88	81	-7,3%	26,4%	29,3%	2,9%	83	96	15,5%	239	203	-15,2%	142	134	-6,1%
Baden - Württemberg	08415	Reutlingen	Reutlingen	664.02	26	15	-43,7%	19	21	10,5%	45	36	-21,1%	110	98	-11,2%	40,9%	36,4%	-4,6%	76	89	16,5%	107	151	40,8%	122	128	4,9%
Baden - Württemberg	08416	Tübingen	Reutlingen	664.04	17	11	-34,4%	16	10	-38,0%	33	21	-36,1%	79	74	-5,3%	42,6%	28,7%	-13,8%	76	73	-4,8%	201	181	-10,1%	114	139	21,9%
Baden - Württemberg	08325	Rottweil	Rottweil	667.02	4	2	-50,0%	4	2	-42,9%	8	4	-46,7%	45	42	-6,7%	16,7%	9,5%	-7,1%	76	76	0,0%	161	180	12,0%	116	125	7,7%
Baden - Württemberg	08126	Hohenlohekreis	Schwäbisch-Hall	674.02	5	6	20,0%	0	1		5	7	40,0%	35	36	3,8%	14,5%	19,6%	5,1%	92	131	42,0%	128	113	-11,2%	96	73	-23,5%
Baden - Württemberg	08127	Schwäbisch Hall	Schwäbisch-Hall	674.04	12	14	12,2%	3	4	33,3%	15	18	16,4%	73	74	0,6%	20,8%	24,0%	3,3%	93	84	-10,2%	177	158	-11,0%	97	90	-7,0%
Baden - Württemberg	08111	Stuttgart, Stadt	Stuttgart	677.02	10	13	29,3%	30	18	-38,5%	40	32	-21,2%	314	322	2,5%	12,8%	9,8%	-2,9%	82	80	-2,0%	202	193	-4,6%	143	131	-8,6%
Baden - Württemberg	08115	Böblingen	Stuttgart	677.04	11	13	13,6%	18	9	-53,3%	29	21	-28,1%	113	115	2,0%	25,9%	18,3%	-7,6%	105	96	-8,6%	209	167	-20,1%	127	130	2,2%
Baden - Württemberg	08128	Main-Tauber-Kreis	Tauberbischofsheim	681.02	0	2		7	11	50,0%	7	13	78,6%	41	44	7,3%	17,1%	28,4%	11,3%	99	66	-33,3%	201	202	0,7%	153	139	-8,9%
Baden - Württemberg	08225	Neckar-Odenwald-Kreis	Tauberbischofsheim	681.04	2	2	0,0%	3	5	66,7%	5	7	40,0%	47	49	3,3%	10,6%	14,4%	3,8%	73	128	75,4%	167	139	-16,7%	151	147	-2,6%
Baden - Württemberg	08421	Ulm, Stadt	Ulm	684.02	19	11	-43,6%	19	13	-32,8%	38	23	-38,3%	63	65	2,4%	59,8%	36,0%	-23,8%	118	84	-28,6%	167	147	-11,7%	128	128	-0,1%
Baden - Württemberg	08425	Alb-Donau-Kreis	Ulm	684.04	18	15	-14,3%	12	11	-12,5%	30	26	-13,6%	61	56	-6,9%	48,8%	45,3%	-3,5%	71	114	60,7%	153	118	-23,3%	88	99	12,9%
Baden - Württemberg	08326	Schwarzwald-Baar-Kreis	Villingen-Schwenningen	687.02	17	13	-21,3%	11	6	-43,8%	27	19	-29,9%	85	81	-4,5%	32,2%	23,6%	-8,6%	76	68	-10,6%	145	159	9,4%	150	139	-7,4%
Baden - Württemberg	08119	Rems-Murr-Kreis	Waiblingen	671.02	30	26	-11,5%	25	18	-27,7%	55	45	-18,9%	152	152	-0,1%	36,4%	29,5%	-6,8%	77	112	46,1%	195	165	-15,4%	148	134	-9,0%
Bayern	09561	Ansbach, Stadt	Ansbach	711.02	3	3	30,0%	1	2	300,0%	3	5	75,0%	22	24	5,6%	13,5%	22,3%	8,9%	68	145	112,9%	134	161	19,8%	200	131	-34,5%
Bayern	09571	Ansbach	Ansbach	711.04	7	9	28,6%	5	4	-20,0%	12	13	8,3%	48	45	-6,7%	24,9%	28,9%	4,0%	111	132	18,5%	156	163	4,4%	121	135	11,8%
Bayern	09575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Ansbach	711.06	5	4	-20,0%	1	1	0,0%	6	5	-16,7%	28	26	-7,1%	21,4%	19,2%	-2,2%	121	165	36,0%	148	165	11,5%	145	131	-9,4%
Bayern	09661	Aschaffenburg, Stadt	Aschaffenburg	715.02	11	11	3,4%	8	12	54,9%	19	23	24,3%	55	50	-9,9%	33,6%	46,4%	12,7%	110	129	17,0%	156	185	18,6%	126	108	-14,3%
Bayern	09671	Aschaffenburg	Aschaffenburg	715.04	7	10	44,7%	7	10	39,5%	14	20	42,1%	50	50	0,9%	28,0%	39,5%	11,5%	104	153	47,0%	133	147	10,6%	155	89	-42,5%
Bayern	09676	Mittenberg	Aschaffenburg	715.06	8	8	-0,5%	3	3	-12,0%	11	11	-3,6%	48	44	-8,5%	22,9%	24,1%	1,2%	100	107	6,8%	140	169	20,6%	153	110	-28,1%
Bayern	09761	Augsburg, Stadt	Augsburg	811.04	48	45	-7,3%	9	4	-61,1%	57	48	-15,8%	226	242	6,9%	25,2%	19,8%	-5,3%	73	75	2,0%	140	149	6,9%	140	140	0,0%
Bayern	09771	Aichach-Friedberg	Augsburg	811.02	3	3	-15,9%	8	6	-20,0%	11	9	-18,8%	25	24	-3,0%	42,6%	35,7%	-6,9%	79	72	-9,1%	139	128	-7,6%	140	140	0,0%
Bayern	09772	Augsburg	Augsburg	811.10	8	6	-25,0%	3	1	-60,0%	11	7	-33,3%	58	57	-0,9%	18,2%	12,2%	-5,9%	68	74	8,9%	139	130	-6,6%	140	140	0,0%
Bayern	09461	Bamberg, Stadt	Bamberg	719.02	11	10	-11,2%	0	1		11	11	-2,1%	54	53	-2,5%	20,3%	20,4%	0,1%	125	125	0,0%	152	152	0,0%	166	166	0,0%
Bayern	09471	Bamberg	Bamberg	719.04	5	6	22,2%	2	6	200,0%	7	12	74,7%	41	47	14,0%	16,4%	25,1%	8,7%	73	61	-16,7%	194	230	18,5%	142	133	-6,2%
Bayern	09474	Forchheim	Bamberg	719.06	8	8	0,0%	2	5	150,0%	10	13	29,2%	37	37	-0,3%	28,1%	36,4%	8,3%	80	80	0,0%	151	163	7,7%	145	152	4,9%
Bayern	09462	Bayreuth, Stadt	Bayreuth	723.02	16	7	-59,4%	3	4	55,3%	19	11	-42,6%	66	65	-1,5%	28,4%	16,6%	-11,8%	77	77	0,0%	157	184	17,2%	142	142	-0,1%
Bayern	09472	Bayreuth	Bayreuth	723.04	6	6	0,0%	8	5	-34,4%	14	11	-19,6%	41	41	0,0%	34,1%	27,4%	-6,7%	75	80	6,7%	165	145	-12,2%	149	127	-14,9%
Bayern	09477	Kulmbach	Bayreuth	723.06	16	17	6,3%	14	12	-14,3%	30	29	-3,3%	49	50	2,0%	61,2%	58,0%	-3,2%	70	65	-6,5%	161	156	-2,9%	139	136	-2,0%
Bayern	09463	Coburg, Stadt	Coburg	727.02	8	5	-43,8%	8	6	-26,7%	16	10	-35,5%	53	51	-3,7%	29,3%	19,7%	-9,7%	84	76	-9,7%	131	117	-10,7%	102	109	6,7%
Bayern	09473	Coburg	Coburg	727.04	4	3	-39,0%	6	5	-12,3%	10	8	-23,5%	50	48	-5,2%	19,4%	15,7%	-3,7%	73	77	6,1%	163	130	-19,9%	105	109	4,6%
Bayern	09476	Kronach	Coburg	727.06	6	3	-45,5%	4	5	25,0%	10	8	-15,8%	35	34	-2,8%	27,0%	23,4%	-3,6%	71	90	27,1%	150	115	-23,1%	127	124	-2,4%
Bayern	09478	Lichtenfels	Coburg	727.08	9	7	-17,6%	4	2	-50,0%	13	9	-28,0%	36	34	-6,5%	34,4%	26,5%	-7,9%	76	100	31,1%	161	139	-13,7%	137	140	2,6%
Bayern	09271	Deggendorf	Deggendorf	815.02	5	5	0,0%	4	4	0,0%	9	9	0,0%	44	43	-2,0%	20,7%	21,2%	0,4%	87	78	-9,8%	224	220	-2,1%	129	120	-6,8%
Bayern	09276	Regen	Deggendorf	815.04	4	4	0,0%	6	5	-16,7%	10	9	-10,0%	29	29	0,0%	34,8%	31,3%	-3,5%	84	91	7,8%	215	154	-28,4%	119	115	-3,6%
Bayern		Straubing, Stadt	Deggendorf	815.12	7	11	61,5%	13	12	-7,7%	20	23	15,9%	37	52	40,4%	53,7%	44,3%	-9,3%	59	88	49,4%	233</					

Entwicklung der Betreuungsschlüssel und befristeten Kräfte in den ARGen/AAgAw				Personalstrukturdaten															Betreuungsschlüssel									
Quelle: Personalmonitoring SGB II in den ARGen/AAgAw mit Stand 20.05.2008/2007 Die Daten beruhen auf Angaben und Berechnungen der ARGen/AAgAw und sind deshalb nur sehr eingeschränkt valide!				befristete Kräfte der BA im Bereich Markt & Integration			befristete Kräfte der BA im Bereich Leistungsgewährung			befristete Kräfte der BA INSGESAMT			Mitarbeiterkapazität INSGESAMT			Anteil befristeter Kräfte der BA an der Gesamtkapazität			unter 25jährige			über 25jährige			Leistungsgewährung			
Bundesland	Kreis/schlüssel	Kommunaler Träger (Landkreis/kreisf. Stadt)	Agentur für Arbeit	Aktive Trägernummer	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %
Summen bzw. Ø	373				7.342	5.941	-19,1%	6.455	5.075	-21,4%	13.797	11.016	-20,2%	55.344	55.800	0,8%	23,3%	19,8%	-3,5%	92	98	6,5%	180	171	-4,7%	130	126	-3,3%
Bayern	09186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	Ingolstadt	827.08	0	0		0	0		0	0		24	24	0,6%	0,0%	0,0%	0,0%	95	125	31,3%	182	147	-19,2%	128	121	-5,8%
Bayern	09762	Kaufbeuren, Stadt	Kempten	831.02	2	2	-11,8%	2	2	-10,3%	4	4	-10,9%	30	27	-9,6%	13,1%	12,9%	-0,2%	120	99	-17,9%	190	207	8,8%	107	147	36,7%
Bayern	09763	Kempten (Allgäu), Stadt	Kempten	831.04	0	1	100,0%	2	1	-77,3%	2	1	-59,2%	34	32	-4,9%	7,2%	3,1%	-4,1%	84	72	-14,0%	154	157	2,2%	113	136	19,5%
Bayern	09776	Lindau (Bodensee)	Kempten	831.06	2	2	-16,7%	2	1	-23,8%	4	3	-19,8%	21	22	0,5%	17,4%	13,9%	-3,5%	88	66	-25,0%	161	155	-3,4%	131	143	8,9%
Bayern	09777	Ostallgäu	Kempten	831.10	5	4	-17,9%	3	4	23,8%	8	8	-1,9%	30	31	4,6%	28,2%	26,4%	-1,8%	85	130	53,3%	161	146	-9,3%	107	105	-1,5%
Bayern	09780	Oberallgäu	Kempten	831.08	2	3	11,1%	3	4	27,1%	5	6	20,2%	35	36	2,8%	14,7%	17,2%	2,5%	61	62	1,2%	175	144	-17,6%	114	107	-5,9%
Bayern	09261	Landshut, Stadt	Landshut	835.04	6	5	-20,0%	3	4	5,3%	9	8	-10,9%	40	38	-5,2%	23,4%	22,0%	-1,4%	78	129	65,6%	130	159	21,8%	149	116	-22,2%
Bayern	09274	Landshut	Landshut	835.06	3	1	-66,7%	2	3	25,2%	5	4	-26,8%	30	31	6,4%	17,9%	12,3%	-5,6%	76	90	17,6%	147	164	11,8%	113	119	5,3%
Bayern	09279	Dingolfing-Landau	Landshut	835.02	4	5	12,5%	2	2	-17,4%	6	6	1,6%	25	24	-4,9%	24,8%	26,5%	1,7%	76	97	27,9%	125	150	19,4%	117	115	-1,5%
Bayern	09764	Memmingen, Stadt	Memmingen	839.04	4	2	-47,8%	1	0		5	2	-58,6%	21	21	-1,9%	22,8%	9,6%	-13,2%	50	75	50,4%	174	166	-4,4%	132	117	-11,2%
Bayern	09774	Günzburg	Memmingen	839.02	3	6	100,0%	2	5	132,5%	5	11	113,0%	26	30	15,8%	19,0%	34,9%	15,9%	69	83	19,3%	279	141	-49,3%	189	103	-45,8%
Bayern	09775	Neu-Ulm	Memmingen	839.06	4	8	100,0%	9	10	4,0%	13	18	32,9%	48	51	6,1%	27,4%	34,4%	6,9%	105	75	-29,2%	163	221	35,3%	124	128	2,9%
Bayern	09778	Unterallgäu	Memmingen	839.08	6	3	-48,5%	4	4	0,0%	10	7	-28,8%	30	28	-6,7%	32,4%	24,7%	-7,7%	65	113	74,7%	146	172	18,1%	151	132	-12,2%
Bayern	09162	München, Landeshauptstadt	München	843.08	90	46	-49,0%	16	10	-40,6%	106	56	-47,7%	888	838	-5,7%	12,0%	6,6%	-5,3%	199	238	19,5%	199	238	19,5%	527	92	-82,5%
Bayern	09174	Dachau	München	843.02	4	2	-50,0%	4	4	0,0%	8	6	-25,0%	33	30	-7,7%	24,2%	19,7%	-4,5%	99	61	-38,9%	307	161	-47,5%	97	89	-8,1%
Bayern	09175	Ebersberg	München	843.04	0	0		0	0		0	0		30	30	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	98	65	-34,1%	121	120	-0,8%	79	79	0,1%
Bayern	09179	Fürstenfeldbruck	München	843.06	6	6	13,2%	8	5	-38,7%	14	11	-18,2%	53	50	-5,0%	26,7%	23,0%	-3,7%	78	70	-9,7%	160	170	6,3%	135	147	8,5%
Bayern	09184	München	München	843.38	4	4	0,0%	8	5	-37,5%	12	9	-25,0%	50	49	-1,8%	24,0%	18,4%	-5,7%	73	72	-1,2%	191	134	-29,9%	146	130	-10,6%
Bayern	09188	Starnberg	München	843.40	5	3	-26,7%	1	1	-50,0%	6	4	-30,9%	29	30	4,0%	19,3%	12,8%	-6,5%	109	81	-25,6%	102	125	22,4%	118	91	-23,3%
Bayern	09563	Fürth, Stadt	Nürnberg	735.08	9	11	22,2%	3	0		12	11	-8,3%	92	75	-18,0%	13,0%	14,6%	1,5%	71	82	15,4%	152	175	15,0%	78	84	8,3%
Bayern	09564	Nürnberg, Stadt	Nürnberg	735.14	95	64	-32,6%	45	26	-42,7%	140	90	-35,9%	527	405	-23,2%	26,6%	22,2%	-4,4%	48	74	53,6%	148	161	8,5%	129	157	21,4%
Bayern	09565	Schwabach, Stadt	Nürnberg	735.24	0	2		2	0		2	2	-25,0%	20	18	-10,5%	10,0%	8,4%	-1,6%	72	95	33,5%	131	176	35,2%	97	120	23,6%
Bayern	09572	Erlangen-Höchststadt	Nürnberg	735.06	3	3	-7,7%	2	2	-25,0%	5	4	-14,6%	33	24	-27,1%	15,2%	17,7%	2,6%	42	77	84,8%	118	135	14,8%	108	145	34,6%
Bayern	09573	Fürth	Nürnberg	735.10	4	3	-25,0%	4	1	-75,0%	8	4	-50,0%	37	30	-19,8%	21,6%	13,5%	-8,1%	75	61	-18,2%	122	144	18,3%	60	113	88,5%
Bayern	09574	Nürnberger Land	Nürnberg	735.22	7	5	-31,9%	5	5	-3,6%	12	10	-20,1%	50	47	-6,6%	24,0%	20,5%	-3,5%	77	112	45,5%	177	141	-20,7%	92	99	6,9%
Bayern	09262	Passau, Stadt	Passau	847.04	3	4	38,2%	6	4	-33,3%	9	8	-11,6%	34	35	3,4%	25,1%	21,5%	-3,7%	58	74	28,1%	179	166	-7,3%	152	138	-9,5%
Bayern	09272	Freyung-Grafenau	Passau	847.02	4	4	-3,2%	3	2	-24,3%	7	6	-11,6%	32	30	-3,8%	21,0%	19,3%	-1,7%	72	65	-9,2%	160	130	-18,7%	144	128	-11,1%
Bayern	09275	Passau	Passau	847.06	6	8	28,2%	9	4	-52,9%	15	12	-18,5%	78	76	-1,7%	19,0%	15,7%	-3,2%	78	79	1,0%	168	146	-12,9%	138	125	-9,7%
Bayern	09171	Allotting	Pfarrkirchen	851.02	9	6	-30,4%	5	2	-63,2%	14	8	-41,8%	44	42	-4,6%	31,5%	19,2%	-12,3%	110	110	0,0%	202	225	11,2%	149	104	-30,2%
Bayern	09183	Mühldorf a.Inn	Pfarrkirchen	851.04	10	9	-0,5%	19	13	-32,7%	29	22	-22,1%	53	57	6,3%	53,9%	39,5%	-14,4%	110	61	-44,3%	162	120	-25,8%	95	94	-1,2%
Bayern	09277	Rottal-Inn	Pfarrkirchen	851.06	6	1	-84,1%	4	3	-21,4%	11	4	-58,7%	39	34	-12,6%	27,0%	12,7%	-14,2%	85	135	58,8%	152	142	-6,9%	130	127	-2,2%
Bayern	09273	Kelheim	Regensburg	739.08	3	5	80,0%	0	0		3	5	80,0%	24	24	0,0%	10,4%	18,7%	8,3%	110	178	61,4%	247	205	-17,0%	125	117	-6,6%
Bayern	09362	Regensburg, Stadt	Regensburg	739.04	2	3	50,0%	0	1		2	4	75,0%	80	87	8,9%	2,5%	4,0%	1,5%	158	109	-30,9%	204	183	-10,4%	159	150	-5,9%
Bayern	09373	Neumarkt i.d.OPf.	Regensburg	739.02	0	0		1	4	300,0%	1	4	300,0%	31	30	-3,1%	3,2%	13,3%	10,1%	221	200	-9,3%	223	214	-4,2%	107	92	-14,6%
Bayern	09375	Regensburg	Regensburg	739.06	1	0		1	2	100,0%	2	2	0,0%	43	42	-2,3%	4,7%	4,8%	0,1%	127	128	0,1%	232	220	-5,6%	116	108	-7,3%
Bayern	09163	Rosenheim, Stadt	Rosenheim	855.06	0	0		0	0		0	0		37	39	7,7%	0,0%	0,0%	0,0%	145	177	22,5%	285	205	-28,0%	110	118	7,2%
Bayern	09173	Bad Tölz-Wolfratshausen	Rosenheim	855.02	1	5	400,0%	5	3	-47,6%	6	8	27,0%	30	37	24,6%	20,0%	20,4%	0,4%	142	166	16,6%	237	165	-30,2%	120	130	8,1%
Bayern	09187	Rosenheim	Rosenheim	855.08	9	9	0,0%	18	7	-59,9%	27	16	-39,6%	61	63	3,1%	43,4%	25,4%	-18,0%	113	133	17,4%	214	247	15,1%	104	119	14,2%
Bayern	09361	Amberg, Stadt	Schwandorf	743.02	6	7	24,8%	7	7	0,0%	13	14	11,1%	74	78	4,7%	17,0%	18,1%	1,0%	93	93	0,0%	157	157	0,0%	123	123	0,0%
Bayern	09372	Cham	Schwandorf	743.06	1	1	0,0%																					

Entwicklung der Betreuungsschlüssel und befristeten Kräfte in den ARGE n/AAgAw				Personalstrukturdaten																Betreuungsschlüssel								
				befristete Kräfte der BA im Bereich Markt & Integration			befristete Kräfte der BA im Bereich Leistungsgewährung			befristete Kräfte der BA INSGESAMT			Mitarbeiterkapazität INSGESAMT			Anteil befristeter Kräfte der BA an der Gesamtkapazität			unter 25jährige			über 25jährige			Leistungsgewährung			
Bundesland	Kreis/schlüssel	Kommunaler Träger (Landkreis/kreis/ Stadt)	Agentur für Arbeit	Aktive Trägernummer	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %
Summen bzw. Ø	373				7.342	5.941	-19,1%	6.455	5.075	-21,4%	13.797	11.016	-20,2%	55.344	55.800	0,8%	23,3%	19,8%	-3,5%	92	98	6,5%	180	171	-4,7%	130	126	-3,3%
Bayern	09377	Tirschenreuth	Weiden	751.04	1	1	0,0%	1	1	0,0%	2	2	0,0%	30	29	-0,9%	6,8%	6,8%	0,1%	117	117	0,0%	180	180	0,0%	215	138	-35,7%
Bayern	09180	Garmisch-Partenkirchen	Weilheim	863.02	1	3	200,0%	1	0	-75,2%	2	3	42,9%	20	17	-13,0%	11,6%	19,1%	7,5%	81	75	-8,0%	142	150	5,7%	158	140	-11,7%
Bayern	09181	Landsberg a.Lech	Weilheim	863.04	2	2	0,0%	2	0	-85,8%	4	2	-46,2%	24	21	-10,7%	18,3%	11,0%	-7,3%	73	75	3,6%	161	150	-6,8%	127	140	9,9%
Bayern	09190	Weilheim-Schongau	Weilheim	863.06	4	2	-50,0%	3	3	0,0%	7	5	-27,2%	31	28	-8,9%	23,6%	18,9%	-4,7%	80	75	-6,1%	162	150	-7,5%	112	140	25,5%
Bayern	09576	Roth	Weißenburg	755.04	4	4	0,0%	1	1	0,0%	5	5	0,0%	32	32	0,0%	13,9%	13,9%	0,0%	80	80	0,0%	141	141	0,0%	139	139	0,0%
Bayern	09577	Weißenburg-Gunzenhausen	Weißenburg	755.02	5	5	0,0%	5	5	0,0%	10	10	0,0%	38	38	0,0%	26,0%	26,0%	0,0%	87	87	0,0%	170	170	0,0%	119	119	0,0%
Bayern	09663	Würzburg, Stadt	Würzburg	759.06	4	9	125,0%	1	3	400,0%	5	12	155,6%	74	83	11,9%	6,1%	13,8%	7,8%	61	67	9,9%	149	142	-4,7%	128	119	-7,3%
Bayern	09675	Kitzingen	Würzburg	759.02	0	9		0	3		0	12		32	83	163,2%	0,0%	13,8%	13,8%	73	67	-7,3%	217	142	-34,6%	90	119	31,3%
Bayern	09677	Main-Spessart	Würzburg	759.10	1	0		0	3		1	3	150,0%	37	31	-15,6%	2,7%	8,0%	5,3%	82	94	15,0%	163	143	-11,9%	123	95	-23,0%
Hessen	06636	Werra-Meißner-Kreis	Bad Hersfeld	411.04	4	4	0,0%	1	1	1,1%	5	5	0,2%	76	75	-1,7%	6,1%	6,2%	0,1%	103	78	-24,5%	239	199	-16,8%	132	128	-3,1%
Hessen	06433	Groß-Gerau	Darmstadt	415.10	18	19	5,7%	8	17	113,3%	26	36	39,7%	162	179	10,6%	15,8%	20,0%	4,2%	121	77	-36,7%	240	222	-7,6%	122	118	-3,5%
Hessen	06411	Darmstadt, Stadt	Darmstadt	415.12	6	13	105,8%	9	10	17,5%	15	23	54,6%	111	128	15,6%	13,4%	17,9%	4,5%	94	80	-15,6%	187	156	-16,8%	145	150	3,1%
Hessen	06412	Frankfurt am Main, Stadt	Frankfurt/Main	419.20	23	59	157,1%	14	20	45,9%	37	79	115,0%	587	604	3,0%	6,3%	13,1%	6,8%	135	68	-49,6%	178	190	6,6%	137	134	-1,9%
Hessen	06531	Gießen	Gießen	427.02	7	16	130,8%	11	8	-23,1%	18	25	37,0%	148	166	12,4%	12,2%	14,9%	2,7%	99	90	-9,3%	261	228	-12,7%	154	143	-7,4%
Hessen	06440	Wetteraukreis	Gießen	427.08	20	20	2,1%	12	11	-5,4%	32	31	-0,8%	169	168	-0,3%	18,7%	18,6%	-0,1%	79	71	-10,1%	214	151	-29,4%	114	109	-4,7%
Hessen	06611	Kassel, Stadt	Kassel	435.02	22	17	-22,1%	8	16	100,0%	30	33	10,3%	271	280	3,1%	11,1%	11,9%	0,8%	74	76	1,9%	156	152	-2,8%	133	137	2,3%
Hessen	06633	Kassel	Kassel	435.04	10	10	5,3%	0	1		10	11	15,8%	146	147	0,7%	6,5%	7,5%	1,0%	83	73	-11,8%	156	143	-8,0%	119	138	16,3%
Hessen	06635	Waldeck-Frankenberg	Korbach	439.02	9	7	-22,2%	3	4	33,3%	12	11	-8,3%	96	91	-6,0%	12,5%	12,2%	-0,3%	75	99	32,4%	167	159	-4,5%	134	136	1,5%
Hessen	06533	Kreis Limburg-Weilburg	Limburg-Weilburg	443.02	11	6	-45,5%	8	7	-12,5%	19	13	-31,6%	88	97	10,1%	21,6%	13,4%	-8,2%	96	96	0,0%	191	177	-7,7%	159	135	-15,2%
Hessen	06634	Schwalm-Eder-Kreis	Marburg	447.04	16	10	-34,6%	11	4	-63,1%	27	15	-46,4%	138	127	-7,7%	19,7%	11,5%	-8,3%	158	90	-43,3%	161	160	-0,6%	121	125	3,9%
Hessen	06413	Offenbach am Main, Stadt	Offenbach	451.02	8	41	408,1%	9	8	-9,4%	17	50	185,6%	148	181	22,3%	11,7%	27,3%	15,6%	194	85	-56,2%	252	164	-34,6%	133	125	-6,4%
Hessen	06532	Lahn-Dill-Kreis	Wetzlar	455.02	18	9	-49,3%	3	0		21	9	-56,1%	184	188	2,0%	11,1%	4,8%	-6,4%	78	90	15,1%	145	155	6,5%	132	133	0,6%
Schleswig-Holstein	01062	Bad Oldesloe	Stormarn	111.02	20	16	-20,5%	12	14	21,7%	31	30	-4,8%	102	94	-8,3%	30,3%	31,4%	1,2%	84	75	-10,9%	156	133	-15,0%	165	180	9,0%
Schleswig-Holstein	01063	Herzogtum Lauenburg	Bad Oldesloe	111.16	2	3	50,0%	13	11	-15,4%	15	14	-6,6%	112	114	2,1%	13,5%	12,3%	-1,1%	85	83	-2,2%	191	177	-7,3%	138	131	-5,0%
Schleswig-Holstein	01066	Pinneberg	Elmshorn	115.02	13	23	76,9%	29	25	-15,4%	42	48	12,9%	210	213	1,5%	20,2%	22,5%	2,3%	68	81	18,5%	168	168	0,1%	116	108	-7,0%
Schleswig-Holstein	01061	Steinburg	Elmshorn	115.12	11	13	25,9%	23	15	-33,5%	34	29	-14,9%	143	111	-22,4%	23,5%	25,7%	2,3%	36	85	132,4%	97	167	72,3%	84	148	75,6%
Schleswig-Holstein	01001	Flensburg, Stadt	Flensburg	119.02	26	13	-50,4%	4	3	-25,0%	30	16	-47,0%	153	151	-1,6%	19,4%	10,5%	-9,0%	40	43	7,0%	132	135	2,0%	95	89	-6,0%
Hamburg	02000	Hamburg, Freie und Hansestadt	Hamburg	123.02	238	64	-73,2%	134	33	-75,7%	372	96	-74,1%	1.527	1.406	-7,9%	24,4%	6,9%	-17,5%	90	79	-12,2%	145	174	19,5%	190	187	-1,5%
Schleswig-Holstein	01051	Dithmarschen	Heide	127.02	17	18	10,7%	10	8	-20,0%	27	26	-0,9%	121	121	0,7%	22,0%	21,7%	-0,3%	87	96	10,8%	157	154	-2,0%	148	148	-0,3%
Schleswig-Holstein	01002	Kiel, Landeshauptstadt	Kiel	131.02	38	27	-29,8%	24	25	3,0%	62	51	-17,0%	316	314	-0,6%	19,6%	16,3%	-3,2%	54	58	6,0%	175	171	-1,9%	135	123	-8,8%
Schleswig-Holstein	01057	Plön	Kiel	131.06	18	13	-29,7%	13	7	-47,3%	31	19	-37,1%	95	100	5,6%	32,3%	19,2%	-13,1%	79	72	-9,1%	142	163	14,7%	104	114	9,7%
Schleswig-Holstein	01003	Lübeck, Hansestadt	Lübeck	135.02	60	48	-20,3%	19	7	-62,4%	79	55	-30,6%	283	262	-7,3%	28,0%	20,9%	-7,0%	123	67	-45,7%	119	104	-12,7%	197	304	54,1%
Schleswig-Holstein	01055	Ostholstein	Lübeck	135.06	10	9	-10,0%	6	5	-16,7%	16	14	-12,5%	135	121	-10,9%	11,8%	11,6%	-0,2%	44	93	112,6%	103	155	49,9%	132	163	23,3%
Mecklenburg-Vorpommern	13002	Neubrandenburg Stadt	Neubrandenburg	031.02	23	14	-39,3%	41	22	-46,3%	64	36	-43,8%	151	141	-6,4%	42,5%	25,5%	-17,0%	85	79	-7,3%	177	196	10,4%	135	130	-3,5%
Mecklenburg-Vorpommern	13052	Demmin	Neubrandenburg	031.04	20	11	-44,7%	33	18	-44,4%	53	29	-44,5%	175	161	-7,9%	30,2%	18,2%	-12,0%	79	71	-9,5%	158	153	-3,0%	115	111	-2,9%
Mecklenburg-Vorpommern	13055	Mecklenburg-Strelitz	Neubrandenburg	031.10	10	8	-19,4%	15	13	-13,3%	25	21	-15,7%	164	170	3,8%	15,2%	12,3%	-2,9%	60	56	-5,8%	290	206	-29,1%	138	133	-3,7%
Mecklenburg-Vorpommern	13062	Uecker-Randow	Neubrandenburg	031.16	16	8	-50,0%	21	12	-41,1%	37	20	-45,0%	171	163	-4,4%	21,7%	12,5%	-9,2%	74	66	-10,4%	165	312	89,0%	126	123	-2,6%
Mecklenburg-Vorpommern	13056	Müritz	Neubrandenburg	031.22	14	5	-64,3%	6	4	-33,3%	20	9	-55,0%	116	117	0,9%	17,2%	7,7%	-9,5%	79	79	0,0%	165	165	0,0%	145	232	60,0%
Schleswig-Holstein	01004	Neumünster, Stadt	Neumünster	139.02	7	8	13,7%	0	0		7	8	13,7%	98	97	-0,8%	7,5%	8,6%	1,1%	61	57	-6,2%	181	164	-9,4%	16200		

Entwicklung der Betreuungsschlüssel und befristeten Kräfte in den ARGEn/AaGaw				Personalstrukturdaten															Betreuungsschlüssel									
Quelle: Personalmonitoring SGB II in den ARGEn/AaGaw mit Stand 20.05.2008/2007 Die Daten beruhen auf Angaben und Berechnungen der ARGEn/AaGaw und sind deshalb nur sehr eingeschränkt valide!				befristete Kräfte der BA im Bereich Markt & Integration			befristete Kräfte der BA im Bereich Leistungsgewährung			befristete Kräfte der BA INSGESAMT			Mitarbeiterkapazität INSGESAMT			Anteil befristeter Kräfte der BA an der Gesamtkapazität			unter 25jährige			über 25jährige			Leistungsgewährung			
Bundesland	Kreis/schlüssel	Kommunaler Träger (Landkreis/kreisf. Stadt)	Agentur für Arbeit	Aktive Trägernummer	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %
Summen bzw. Ø		373			7.342	5.941	-19,1%	6.455	5.075	-21,4%	13.797	11.016	-20,2%	55.344	55.800	0,8%	23,3%	19,8%	-3,5%	92	98	6,5%	180	171	-4,7%	130	126	-3,3%
Mecklenburg-Vorpommern	13060	Parchim	Schwerin	033.24	13	9	-29,4%	12	14	17,4%	25	23	-6,7%	159	141	-11,7%	15,5%	16,4%	0,9%	115	93	-19,1%	165	176	6,9%	113	133	17,9%
Mecklenburg-Vorpommern	13005	Stralsund Stadt	Stralsund	034.02	20	20	-0,9%	23	15	-37,0%	43	34	-20,3%	120	106	-11,9%	35,6%	32,3%	-3,4%	132	82	-38,2%	217	156	-28,3%	100	159	59,8%
Mecklenburg-Vorpommern	13061	Rügen	Stralsund	034.06	16	11	-31,3%	21	20	-4,8%	37	31	-16,2%	114	112	-1,7%	32,4%	27,6%	-4,8%	128	83	-34,7%	144	172	19,3%	117	144	23,1%
Mecklenburg-Vorpommern	13057	Stralsund	Nordvorpommern	034.08	7	2	-71,4%	16	10	-36,7%	23	12	-47,2%	187	173	-7,3%	12,4%	7,1%	-5,3%	172	82	-52,4%	247	221	-10,4%	116	122	5,5%
Mecklenburg-Vorpommern	13001	Greifswald Stadt	Stralsund	034.10	5	6	20,4%	7	3	-56,3%	12	9	-24,7%	85	88	2,8%	13,9%	10,2%	-3,7%	95	77	-18,6%	171	159	-6,9%	130	139	7,5%
NRW	05313	Aachen, Stadt	Aachen	311.02	33	32	-5,7%	24	36	50,0%	57	68	17,6%	222	283	27,4%	25,9%	23,9%	-2,0%	86	214	150,1%	149	169	13,2%	90	113	25,7%
NRW	5370	Aachen	Aachen	311.06	21	21	1,4%	14	11	-21,0%	35	33	-7,6%	145	143	-1,4%	24,4%	22,9%	-1,5%	82	229	179,6%	173	191	10,0%	152	186	22,3%
NRW	5354	Aachen	Aachen	311.08	24	28	16,8%	43	51	17,4%	67	78	17,2%	265	284	7,2%	25,3%	27,6%	2,4%	117	129	9,7%	151	143	-4,9%	90	116	28,6%
NRW	5570	Warendorf	Ahlen	313.02	29	32	9,3%	15	14	-6,0%	44	46	4,1%	163	166	1,9%	27,0%	27,6%	0,6%	68	66	-3,6%	142	121	-15,2%	121	117	-3,1%
NRW	5316	Leverkusen, Stadt	Berg Glad.	315.02	0	21		0	11		0	31		118	117	-1,0%	0,0%	26,8%	26,8%	95	104	9,9%	352	196	-44,2%	118	157	33,6%
NRW	5374	Oberbergischer Kreis	Berg Glad.	315.04	47	41	-12,1%	28	21	-25,4%	75	63	-17,1%	150	174	16,0%	50,2%	35,9%	-14,3%	89	104	17,2%	192	192	-0,1%	99	96	-2,6%
NRW	5378	Rheinisch-Bergischer Kreis	Berg Glad.	315.06	3	22	633,3%	6	12	90,5%	9	34	265,6%	148	162	9,4%	6,3%	21,0%	14,7%	91	87	-5,3%	184	181	-1,3%	152	143	-5,6%
NRW	5711	Bielefeld, Stadt	Bielefeld	317.04	47	65	38,8%	13	12	-7,1%	59	77	29,0%	297	312	5,3%	20,0%	24,5%	4,5%	117	102	-12,2%	202	164	-18,6%	165	170	3,1%
NRW	5754	Gütersloh	Bielefeld	317.22	12	13	6,7%	2	3	44,4%	14	15	11,6%	167	157	-5,8%	8,3%	9,8%	1,5%	96	82	-14,8%	169	164	-3,2%	131	130	-0,6%
NRW	5911	Bochum, Stadt	Bochum	321.02	28	17	-41,1%	33	20	-37,9%	61	37	-39,4%	362	357	-1,4%	16,8%	10,3%	-6,5%	63	56	-10,9%	163	156	-4,6%	138	146	5,5%
NRW	5916	Herne, Stadt	Bochum	321.12	27	22	-17,6%	19	18	-4,3%	45	40	-12,1%	174	180	3,7%	26,1%	22,1%	-4,0%	110	101	-7,4%	272	239	-12,3%	106	100	-5,9%
NRW	5314	Bonn, Stadt	Bonn	323.02	30	26	-11,9%	58	57	-1,4%	87	83	-4,9%	219	235	7,3%	39,8%	35,3%	-4,5%	130	151	16,9%	344	213	-38,1%	109	100	-8,5%
NRW	5382	Rhein-Sieg-Kreis	Bonn	323.04	43	29	-33,3%	41	38	-6,4%	84	67	-20,3%	291	295	1,5%	28,8%	22,7%	-6,2%	151	129	-14,8%	233	226	-2,9%	128	116	-9,3%
NRW	5362	Rhein-Erft-Kreis	Brühl	325.02	27	13	-51,9%	22	30	35,3%	49	43	-12,4%	304	317	4,2%	16,2%	13,6%	-2,6%	48	200	316,6%	138	260	88,4%	153	100	-34,8%
NRW	5366	Kreis Euskirchen	Brühl	325.04	8	5	-43,8%	2	0		10	5	-54,1%	93	97	4,2%	10,6%	4,7%	-5,9%	43	192	345,0%	321	207	-35,4%	99	139	41,3%
NRW	5766	Lippe	Detmold	331.04	27	20	-25,4%	16	12	-24,1%	43	32	-24,9%	249	269	8,2%	17,1%	11,9%	-5,2%	51	68	33,8%	166	138	-16,7%	136	128	-5,8%
NRW	5913	Dortmund, Stadt	Dortmund	333.02	123	60	-51,4%	78	61	-21,2%	201	121	-39,7%	690	680	-1,5%	29,1%	17,8%	-11,3%	131	206	57,6%	171	193	12,7%	131	147	11,9%
NRW	5111	Düsseldorf, Stadt	Düsseldorf	337.02	105	72	-31,8%	93	37	-60,3%	198	109	-45,2%	506	466	-8,0%	39,2%	23,3%	-15,8%	82	85	4,0%	146	180	23,4%	107	145	35,9%
NRW	5158	Mettmann	Düsseldorf	337.32	47	28	-40,9%	48	14	-70,5%	94	42	-55,9%	344	321	-6,6%	27,4%	12,9%	-14,4%	77	78	0,7%	150	147	-1,9%	102	105	2,8%
NRW	5112	Duisburg, Stadt	Duisburg	341.02	92	56	-39,5%	71	16	-77,3%	163	72	-56,0%	533	570	6,9%	30,6%	12,6%	-18,0%	121	127	4,8%	215	194	-10,0%	142	139	-2,5%
NRW	5113	Essen, Stadt	Essen	343.02	29	25	-12,5%	0	0		29	25	-12,5%	492	566	15,1%	5,9%	4,5%	-1,4%	102	114	11,8%	248	224	-9,7%	164	132	-20,0%
NRW	5513	Gelsenkirchen, Stadt	G'kirchen	345.02	101	56	-44,0%	57	30	-47,1%	158	87	-45,1%	437	428	-2,0%	36,1%	20,2%	-15,9%	132	145	10,0%	194	192	-0,7%	109	107	-1,5%
NRW	5512	Boitrop, Stadt	G'kirchen	345.06	31	26	-14,9%	19	16	-14,7%	50	42	-14,9%	133	128	-3,8%	37,5%	33,2%	-4,3%	135	95	-29,4%	164	165	0,2%	110	104	-5,3%
NRW	5914	Hagen, Stadt	Hagen	347.04	9	22	144,4%	0	5		9	27	200,0%	202	231	14,7%	4,5%	11,7%	7,2%	74	61	-17,4%	143	138	-3,3%	156	156	-0,5%
NRW	5978	Unna	Hamm	351.04	43	41	-2,8%	4	4	0,0%	47	46	-2,5%	338	346	2,4%	13,9%	13,2%	-0,7%	102	139	36,3%	166	160	-3,9%	125	140	11,4%
NRW	5758	Herford	Herford	353.02	14	15	4,7%	11	9	-17,7%	25	24	-5,4%	142	149	4,7%	17,8%	16,1%	-1,7%	88	105	19,4%	169	156	-7,7%	142	135	-5,3%
NRW	5962	Märkischer Kreis	Iserlohn	355.02	39	54	39,5%	15	20	33,3%	54	74	37,8%	291	313	7,6%	18,4%	23,6%	5,2%	63	66	4,5%	146	133	-8,9%	180	174	-3,3%
NRW	5315	Köln, Stadt	Köln	357.02	115	87	-24,0%	146	106	-27,1%	260	193	-25,8%	1.151	1.120	-2,7%	22,6%	17,2%	-5,4%	86	74	-14,1%	166	180	8,5%	133	161	20,5%
NRW	5114	Krefeld, Stadt	Krefeld	361.02	65	54	-17,0%	32	22	-28,7%	96	76	-20,9%	260	261	0,4%	37,0%	29,2%	-7,8%	103	108	5,4%	174	162	-6,8%	115	120	4,3%
NRW	5166	Krei Viersen	Krefeld	361.08	26	43	65,3%	7	34	391,4%	33	77	134,2%	212	205	-3,3%	15,5%	37,4%	22,0%	89	69	-22,7%	143	171	19,5%	101	113	12,0%
NRW	5116	M' gladbach, Stadt	M' gladbach	365.02	60	66	8,6%	24	14	-43,2%	85	79	-6,3%	264	275	4,1%	32,1%	28,9%	-3,2%	84	57	-32,1%	209	192	-8,0%	133	146	9,9%
NRW	5162	Rhein-Kreis Neuss	M' gladbach	365.04	41	56	38,0%	13	21	61,7%	53	77	43,7%	240	251	4,8%	22,3%	30,5%	8,3%	74	61	-18,1%	145	170	17,2%	133	132	-0,6%
NRW	5115	Münster, Stadt	Münster	367.02	19	14	-28,9%	6	3	-45,5%	25	17	-32,7%	152	152	0,3%	16,1%	10,8%	-5,3%	96	88	-8,4%	177	147	-17,1%	167	18	

Entwicklung der Betreuungsschlüssel und befristeten Kräfte in den ARGEn/AaGaw				Personalstrukturdaten																Betreuungsschlüssel								
				befristete Kräfte der BA im Bereich Markt & Integration			befristete Kräfte der BA im Bereich Leistungsgewährung			befristete Kräfte der BA INSGESAMT			Mitarbeiterkapazität INSGESAMT			Anteil befristeter Kräfte der BA an der Gesamtkapazität			unter 25jährige			über 25jährige			Leistungsgewährung			
Bundesland	Kreis/schlüssel	Kommunaler Träger (Landkreis/kreisf. Stadt)	Agentur für Arbeit	Aktive Trägernummer	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %
Summen bzw. Ø		373			7.342	5.941	-19,1%	6.455	5.075	-21,4%	13.797	11.016	-20,2%	55.344	55.800	0,8%	23,3%	19,8%	-3,5%	92	98	6,5%	180	171	-4,7%	130	126	-3,3%
NRW	5124	Wuppertal, Stadt	Wuppertal	391.02	58	49	-15,3%	75	40	-47,0%	132	89	-33,1%	373	387	3,7%	35,5%	22,9%	-12,6%	88	81	-7,6%	179	178	-0,1%	147	130	-11,6%
Niedersachsen	03101	Braunschweig, Stadt	Braunschweig	211.02	31	30	-1,6%	52	22	-57,7%	83	52	-37,0%	227	228	0,3%	36,3%	22,8%	-13,5%	117	97	-17,1%	199	205	3,1%	149	148	-0,9%
Niedersachsen	03102	Salzgitter, Stadt	Braunschweig	211.04	14	10	-29,5%	11	8	-27,3%	25	18	-28,5%	106	107	1,1%	23,2%	16,4%	-6,8%	112	142	25,9%	183	172	-5,9%	134	114	-15,0%
Niedersachsen	03158	Wolffenbüttel	Braunschweig	211.06	9	6	-35,3%	7	6	-14,3%	16	12	-25,8%	81	77	-4,8%	19,2%	15,0%	-4,2%	90	85	-4,6%	187	184	-1,8%	134	142	5,8%
Bremen	04011	Bremen, Stadt	Bremen	214.04	90	70	-22,8%	50	47	-5,9%	140	117	-16,8%	650	669	2,9%	21,6%	17,5%	-4,1%	85	80	-5,1%	178	173	-2,4%	137	125	-8,9%
Bremen	04012	Bremerhaven, Stadt	Bremerhaven	217.06	31	21	-32,3%	22	19	-13,6%	53	40	-24,5%	177	193	8,9%	30,0%	20,8%	-9,2%	114	97	-15,0%	199	193	-3,2%	168	137	-18,2%
Niedersachsen	03351	Celle	Celle	221.02	32	20	-37,5%	58	46	-21,6%	90	66	-27,2%	161	158	-2,0%	55,9%	41,5%	-14,4%	98	102	3,8%	197	204	4,0%	85	84	-0,9%
Niedersachsen	03402	Emden, Stadt	Emden	224.02	4	4	0,0%	6	6	0,0%	10	10	0,0%	48	54	12,7%	19,8%	17,6%	-2,2%	150	120	-20,0%	179	172	-4,4%	124	104	-16,5%
Niedersachsen	03452	Aurich	Emden	224.04	0	0		0	0		0	0		82	80	-1,8%				82	82	0,0%	195	168	-13,9%	143	166	15,8%
Niedersachsen	03452	Aurich	Emden	224.06	0	0		0	0		0	0		63	65	3,6%				123	123	0,0%	215	188	-12,5%	114	110	-3,0%
Niedersachsen	03462	Wittmund	Emden	224.08	5	4	-22,2%	6	8	36,4%	10	11	10,0%	41	42	1,7%	24,2%	26,2%	2,0%	160	160	0,0%	169	169	0,0%	152	133	-12,8%
Niedersachsen	03153	Goslar	Goslar	227.02	19	13	-32,2%	13	11	-18,0%	32	23	-26,3%	123	115	-6,1%	25,8%	20,2%	-5,6%	73	79	7,8%	203	201	-1,1%	161	182	12,8%
Niedersachsen	03155	Northeim	Göttingen	231.06	18	20	6,7%	12	10	-20,6%	30	29	-4,2%	126	119	-5,5%	24,1%	24,4%	0,3%	85	77	-10,2%	177	161	-9,0%	136	139	2,9%
Niedersachsen	03255	Holzminden	Hamel	234.06	13	9	-33,8%	9	8	-16,7%	22	16	-26,9%	55	64	16,7%	40,5%	25,3%	-15,1%	83	80	-3,0%	158	133	-15,4%	238	166	-30,1%
Niedersachsen	03252	Hamel-Pyrmont	Hamel	234.08	20	29	46,3%	14	14	0,0%	34	43	27,1%	132	146	11,0%	25,6%	29,3%	3,7%	97	83	-13,9%	197	167	-15,0%	163	187	14,6%
Niedersachsen	03257	Schaumburg	Hamel	234.10	22	20	-8,2%	8	6	-22,6%	30	26	-12,1%	112	117	4,5%	26,7%	22,5%	-4,3%	106	94	-11,2%	192	170	-11,5%	222	192	-13,7%
Niedersachsen	03241	Region Hannover	Hannover	237.02	142	104	-26,9%	197	130	-33,9%	340	234	-31,0%	969	1.009	4,1%	35,0%	23,2%	-11,8%	99	99	-0,1%	186	177	-5,0%	148	140	-5,6%
Niedersachsen	03154	Helmstedt	Helmstedt	241.10	8	7	-13,3%	23	21	-6,5%	30	28	-8,2%	78	82	4,8%	38,5%	33,7%	-4,8%	74	51	-32,1%	206	197	-4,2%	116	91	-21,4%
Niedersachsen	03151	Gifhorn	Helmstedt	241.12	10	9	-9,5%	18	11	-40,5%	28	20	-29,6%	96	92	-4,1%	29,1%	21,3%	-7,7%	122	114	-6,6%	176	207	17,6%	132	113	-14,4%
Niedersachsen	03103	Wolfsburg, Stadt	Helmstedt	241.14	6	10	58,3%	4	8	87,5%	10	17	70,0%	72	81	13,0%	14,0%	21,0%	7,0%	50	50	-0,7%	231	236	2,2%	156	117	-24,6%
Niedersachsen	03254	Hildesheim	Hildesheim	244.02	7	13	85,7%	23	14	-39,1%	30	27	-10,0%	203	207	1,7%	14,8%	13,1%	-1,7%	94	98	4,4%	220	209	-5,0%	145	152	4,8%
Niedersachsen	03355	Lüneburg	Lüneburg	251.02	21	7	-66,7%	19	19	0,0%	40	26	-35,0%	135	129	-4,8%	29,6%	20,2%	-9,4%	86	86	0,0%	162	185	14,3%	133	131	-1,6%
Niedersachsen	03353	Harburg	Lüneburg	251.04	28	27	-1,8%	11	12	9,1%	39	39	1,3%	114	106	-7,0%	33,9%	37,0%	3,0%	98	85	-13,6%	197	179	-9,1%	111	116	4,4%
Niedersachsen	03256	Nienburg (Weser)	Nienburg	254.04	10	7	-30,0%	2	1	-50,0%	12	8	-33,3%	104	105	1,5%	11,6%	7,6%	-4,0%	84	82	-1,8%	174	168	-3,3%	128	128	-0,3%
Niedersachsen	03401	Delmenhorst, Stadt	Oldenburg	261.04	16	10	-38,9%	11	14	19,5%	27	23	-14,4%	97	96	-0,3%	27,9%	24,0%	-4,0%	62	98	57,8%	188	184	-2,1%	146	109	-25,4%
Niedersachsen	03403	Oldenburg, Stadt	Oldenburg	261.06	15	11	-29,1%	15	17	11,4%	30	27	-8,8%	145	142	-1,8%	20,4%	19,0%	-1,5%	119	131	10,4%	209	205	-1,9%	126	123	-2,3%
Niedersachsen	03461	Wesermarsch	Oldenburg	261.10	7	2	-71,4%	4	2	-58,1%	11	4	-66,4%	57	61	6,5%	19,7%	6,2%	-13,5%	178	115	-35,3%	231	225	-2,7%	150	138	-8,0%
Niedersachsen	03404	Osnabrück, Stadt	Osnabrück	264.02	4	6	62,9%	0	4		4	10	188,6%	124	123	-0,8%	2,8%	8,2%	5,4%	62	68	8,6%	176	179	1,9%	161	158	-1,3%
Niedersachsen	03359	Stade	Stade	267.02	23	4	-84,6%	9	4	-51,7%	32	8	-75,5%	128	113	-11,7%	24,6%	6,8%	-17,8%	93	112	20,4%	176	187	6,5%	122	131	7,9%
Niedersachsen	03352	Cuxhaven	Stade	267.04	17	9	-47,9%	34	21	-39,3%	51	29	-42,2%	145	128	-11,3%	35,0%	22,8%	-12,2%	123	100	-18,8%	208	214	2,9%	101	118	16,6%
Niedersachsen	03354	Lüchow-Dannenberg	Uelzen	271.02	10	11	10,0%	6	4	-33,3%	16	15	-6,3%	62	59	-4,8%	25,7%	25,3%	-0,4%	83	82	-1,2%	140	122	-12,8%	125	125	-0,1%
Niedersachsen	03360	Uelzen	Uelzen	271.04	13	19	46,2%	6	7	16,7%	19	26	36,8%	93	99	6,6%	20,4%	26,2%	5,8%	79	140	77,2%	124	107	-14,1%	113	96	-15,3%
Niedersachsen	03460	Vechta	Vechta	274.02	6	5	-9,1%	2	2	0,0%	8	7	-6,7%	56	56	0,8%	13,4%	12,4%	-1,0%	89	89	0,1%	247	178	-28,0%	123	114	-7,5%
Niedersachsen	03453	Cloppenburg	Vechta	274.04	13	9	-30,8%	4	4	0,0%	17	13	-23,5%	84	86	2,4%	20,3%	15,2%	-5,1%	146	114	-21,9%	182	163	-10,7%	114	100	-12,5%
Niedersachsen	03251	Diepholz	Verden	277.08	7	6	-15,4%	8	4	-46,7%	14	10	-32,1%	112	116	3,6%	12,5%	8,2%	-4,3%	85	81	-4,1%	156	152	-2,8%	131	134	2,2%
Niedersachsen	03405	Wilhelmshaven, Stadt	Wilhelmshaven	281.02	12	9	-25,0%	10	8	-20,0%	22	17	-22,7%	114	109	-4,4%	19,4%	15,7%	-3,7%	93	93	0,0%	152	173	13,5%	139	143	2,6%
Niedersachsen	03455	Friesland	Wilhelmshaven	281.06	4	5	12,5%	6	4	-32,8%	10	9	-14,9%	69	69	-0,4%	14,7%	12,5%	-2,1%	81	87	7,7%	173	167	-3,4%	139	140	1,3%
Rheinland-Pfalz	07133	Bad Kreuznach	Bad Kreuznach	511.02	17	15	-13,1%	26	23	-11,7%	43	38	-12,2%	110	113	2,7%	38,9%	33,3%	-5,7%	132	88	-33,4%	194	91	-53,1%	123	108	-11,9%
Rheinland-Pfalz	07134	Birkenfeld	Bad Kreuznach	511.06	8	11	41,8%	11	13	19,9%	19	24	28,9%	58	68	17,3%	32,3%	35,6%	3,2%	84	69	-17,4%</						

Entwicklung der Betreuungsschlüssel und befristeten Kräfte in den ARGEN/AAgAw				Personalstrukturdaten															Betreuungsschlüssel									
				befristete Kräfte der BA im Bereich Markt & Integration			befristete Kräfte der BA im Bereich Leistungsgewährung			befristete Kräfte der BA INSGESAMT			Mitarbeiterkapazität INSGESAMT			Anteil befristeter Kräfte der BA an der Gesamtkapazität			unter 25jährige			über 25jährige			Leistungsgewährung			
Bundesland	Kreis/schlüssel	Kommunaler Träger (Landkreis/kreis/ Stadt)	Agentur für Arbeit	Aktive Trägernummer	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %
Summen bzw. Ø	373				7.342	5.941	-19,1%	6.455	5.075	-21,4%	13.797	11.016	-20,2%	55.344	55.800	0,8%	23,3%	19,8%	-3,5%	92	98	6,5%	180	171	-4,7%	130	126	-3,3%
Rheinland-Pfalz	07314	Ludwigshafen am Rhein, Stadt	Ludwigshafen	523.02	26	17	-35,3%	29	6	-81,0%	55	22	-59,6%	236	245	3,8%	23,1%	9,0%	-14,1%	84	79	-5,8%	173	167	-3,0%	138	126	-8,9%
Rheinland-Pfalz	07332	Bad Dürkheim	Ludwigshafen	523.08	0	1		0	0		0	1		81	82	1,2%	0,0%	0,9%	0,9%	91	74	-18,9%	152	143	-5,4%	131	124	-5,4%
Rheinland-Pfalz	07331	Alzey-Worms	Mainz	527.04	16	15	-6,5%	11	5	-52,4%	26	20	-25,0%	46	53	14,3%	56,2%	36,9%	-19,3%	76	75	-0,8%	158	150	-5,2%	133	140	5,6%
Rheinland-Pfalz	07315	Mainz, Stadt	Mainz	527.06	32	21	-34,6%	24	17	-26,6%	56	38	-31,2%	118	128	8,6%	47,2%	29,9%	-17,3%	66	75	13,2%	168	150	-10,7%	132	132	0,3%
Rheinland-Pfalz	07339	Mainz-Bingen	Mainz	527.08	20	15	-25,2%	9	6	-33,3%	29	21	-27,7%	71	73	2,1%	41,2%	29,1%	-12,0%	63	87	38,1%	151	150	-0,6%	150	140	-6,6%
Rheinland-Pfalz	07319	Worms, Stadt	Mainz	527.10	21	12	-41,5%	11	7	-37,1%	31	19	-40,0%	57	60	4,2%	54,6%	31,5%	-23,1%	84	75	-10,3%	145	150	3,5%	150	140	-6,6%
Rheinland-Pfalz	07131	Ahrweiler	Mayen	531.02	7	9	30,6%	12	11	-7,0%	18	20	7,0%	56	58	4,4%	32,9%	33,7%	0,8%	77	122	57,7%	152	157	3,5%	136	103	-24,1%
Rheinland-Pfalz	07137	Mayen-Koblenz	Mayen	531.04	24	22	-9,0%	8	5	-41,1%	31	26	-16,8%	130	123	-5,5%	24,0%	21,1%	-2,9%	76	159	110,4%	163	144	-12,0%	140	138	-1,4%
Rheinland-Pfalz	07141	Rhein-Lahn-Kreis	Montabaur	535.02	19	16	-13,4%	14	16	10,8%	33	32	-3,1%	81	76	-6,0%	40,6%	41,8%	1,3%	73	75	3,0%	148	150	1,9%	128	123	-3,8%
Rheinland-Pfalz	07143	Westerwaldkreis	Montabaur	535.04	4	28	694,8%	2	12	507,1%	6	40	626,5%	110	107	-2,3%	5,0%	37,2%	32,2%	103	73	-29,0%	162	154	-4,7%	140	138	-1,4%
Saarland	10043	Neunkirchen	Neunkirchen	539.02	21	24	11,8%	10	8	-12,1%	31	32	4,4%	109	107	-2,4%	28,3%	30,2%	2,0%	75	75	-0,3%	162	156	-3,7%	136	132	-3,4%
Saarland	10045	Saarpfalz-Kreis	Neunkirchen	539.12	12	12	0,0%	6	6	0,0%	18	18	0,0%	84	84	0,0%	20,8%	20,8%	0,0%	97	97	0,0%	178	178	0,0%	123	123	0,0%
Rheinland-Pfalz	07132	Altenkirchen	Neuwied	547.02	3	2	-35,2%	6	3	-58,4%	9	4	-51,4%	70	66	-5,7%	12,9%	6,6%	-6,2%	84	92	8,8%	185	169	-8,5%	136	142	4,4%
Rheinland-Pfalz	07138	Neuwied	Neuwied	547.08	7	7	0,0%	3	3	0,0%	10	10	0,0%	94	94	-0,7%	10,6%	10,7%	0,1%	51	92	80,2%	178	185	3,4%	139	135	-2,6%
Rheinland-Pfalz	07317	Pirmasens, Stadt	Pirmasens	551.02	6	8	37,8%	5	3	-33,3%	11	11	7,3%	62	64	2,9%	17,0%	17,7%	0,7%	89	155	74,3%	143	150	4,7%	115	97	-15,6%
Rheinland-Pfalz	07320	Zweibrücken, Stadt	Pirmasens	551.06	8	6	-33,4%	9	5	-42,2%	17	11	-37,9%	37	35	-5,6%	45,8%	30,1%	-15,7%	58	68	16,7%	134	162	20,7%	94	100	6,4%
Saarland	10041	Stadtverband Saarbrücken	Saarbrücken	555.02	66	50	-23,7%	41	22	-46,9%	106	72	-32,5%	387	369	-4,6%	27,5%	19,4%	-8,1%	83	82	-1,5%	159	145	-9,1%	142	149	5,4%
Saarland	10042	Merzig-Wadern	Saarlouis	559.02	1	0		0	0		1	0		60	64	7,9%	1,7%	0,0%	-1,7%	65	73	13,0%	137	143	4,1%	138	114	-17,8%
Saarland	10044	Saarlouis	Saarlouis	559.06	13	5	-61,5%	9	6	-33,3%	22	11	-50,0%	131	126	-4,0%	16,8%	8,7%	-8,1%	78	84	7,1%	141	165	17,2%	139	143	3,4%
Rheinland-Pfalz	07231	Bernkastel-Wittlich	Trier	563.02	5	1	-87,7%	3	1	-66,7%	8	2	-80,0%	39	37	-4,4%	20,8%	4,4%	-16,4%	97	92	-5,8%	179	185	3,3%	154	158	2,1%
Rheinland-Pfalz	07232	Bitburg-Prüm	Trier	563.04	2	3	50,0%	0	2		2	5	138,0%	26	28	8,2%	7,8%	17,1%	9,3%	80	80	0,0%	149	122	-18,3%	142	142	0,0%
Rheinland-Pfalz	07211	Trier, Stadt	Trier	563.06	8	6	-25,0%	2	4	100,0%	10	10	0,0%	65	66	2,2%	15,4%	15,0%	-0,3%	100	76	-23,6%	174	177	1,8%	153	140	-8,9%
Rheinland-Pfalz	07235	Trier-Saarburg	Trier	563.08	6	8	33,3%	2	0		8	8	0,0%	40	41	3,1%	20,2%	19,5%	-0,6%	82	73	-10,3%	159	136	-14,3%	149	138	-7,3%
Sachsen	14171	Annaberg	Annaberg-Buchholz	071.02	4	6	50,0%	5	5	-7,5%	9	11	17,2%	118	115	-2,0%	7,9%	9,5%	1,6%	85	73	-14,8%	197	184	-6,9%	97	77	-20,4%
Sachsen	14191	Aue-Schwarzenberg	Annaberg-Buchholz	071.04	2	4	100,0%	5	6	11,1%	7	10	35,1%	185	191	3,3%	4,0%	5,2%	1,2%	79	66	-15,9%	196	149	-23,8%	97	89	-7,9%
Sachsen	14181	Mittlerer Erzgebirgskreis	Annaberg-Buchholz	071.06	2	2	-10,0%	4	5	31,6%	6	7	17,2%	123	123	0,2%	4,7%	5,5%	0,8%	78	63	-18,4%	182	185	2,0%	78	66	-14,8%
Sachsen	14263	Görlitz, Stadt	Bautzen	072.04	3	8	166,7%	6	8	33,3%	9	16	77,8%	108	109	1,4%	8,4%	14,7%	6,3%	98	97	-1,3%	157	139	-11,5%	134	144	7,3%
Sachsen	14264	Hoyerswerda, Stadt	Bautzen	072.06	0	0		2	2	0,0%	2	2	0,0%	95	79	-17,4%	2,1%	2,5%	0,4%	62	56	-9,7%	157	162	3,5%	80	79	-1,0%
Sachsen	14284	Niederschlesischer Oberlausitzkreis	Bautzen	072.10	4	2	-50,0%	31	16	-48,4%	35	18	-48,6%	157	136	-13,4%	22,3%	13,2%	-9,0%	71	57	-20,1%	191	189	-1,0%	72	88	22,2%
Sachsen	14161	Chemnitz, Stadt	Chemnitz	073.02	37	41	10,1%	13	23	76,9%	50	64	27,4%	320	340	6,4%	15,7%	18,8%	3,1%	133	138	3,5%	180	188	4,4%	173	139	-19,2%
Sachsen	14177	Freiberg	Chemnitz	073.04	7	4	-42,9%	5	1	-80,0%	12	5	-58,3%	132	131	-0,8%	9,1%	3,8%	-5,3%	159	163	2,9%	224	207	-7,4%	192	168	-12,6%
Sachsen	14182	Mittweida	Chemnitz	073.06	8	8	0,0%	5	4	-20,0%	13	12	-7,7%	140	137	-2,0%	9,3%	8,7%	-0,5%	94	53	-43,7%	216	182	-15,7%	139	111	-20,2%
Sachsen	14262	Dresden, Stadt	Dresden	074.02	40	33	-17,0%	101	92	-8,8%	141	125	-11,1%	576	561	-2,5%	24,5%	22,3%	-2,2%	101	119	18,0%	186	197	5,5%	117	120	2,4%
Sachsen	14365	Leipzig, Stadt	Leipzig	075.02	63	48	-24,6%	119	106	-11,0%	182	153	-15,7%	780	817	4,8%	23,3%	18,8%	-4,6%	125	95	-24,1%	221	220	-0,4%	112	102	-8,4%
Sachsen	14374	Delitzsch	Leipzig	075.04	18	15	-16,7%	8	6	-25,0%	26	21	-19,2%	179	186	4,1%	14,5%	11,3%	-3,3%	113	90	-20,7%	178	147	-17,5%	94	95	1,0%
Sachsen	14379	Leipziger Land	Leipzig	075.06	25	13	-48,0%	16	20	25,0%	41	33	-19,5%	206	214	3,9%	19,9%	15,4%	-4,5%	120	87	-27,3%	160	148	-7,5%	105	96	-9,0%
Sachsen	14389	Torgau-Oschatz	Oschatz	076.02	2	11	450,0%	23	16	-30,4%	25	27	8,0%	142	156	9,7%	17,6%	17,3%	-0,3%	98	95	-2,3%	176	197	12,1%	91	70	-23,3%
Sachsen	14287	Sächsische Schweiz	Pirna	077.02	9	3	-66,7%	10	12	23,0%	19	15	-19,5%	144	146	1,7%	13,2%	10,4%	-2,8%	172	163	-5,2%	281	327	16,7%	125	121	-3,2%
Sachsen	14290	Weißeritzkreis	Pirna	077.08	4	5	25,0%	8	9	12,5%	12	14	16,7%	110	112	1,8%	10,9%	12,5%	1,6%	171								

Entwicklung der Betreuungsschlüssel und befristeten Kräfte in den ARGE n/AAgAw				Personalstrukturdaten																Betreuungsschlüssel								
				Aktive Trägernummer	befristete Kräfte der BA im Bereich Markt & Integration			befristete Kräfte der BA im Bereich Leistungsgewährung			befristete Kräfte der BA INSGESAMT			Mitarbeiterkapazität INSGESAMT			Anteil befristeter Kräfte der BA an der Gesamtkapazität			unter 25jährige			über 25jährige			Leistungsgewährung		
Bundesland	Kreis/schlüssel	Kommunaler Träger (Landkreis/Kreis/ Stadt)	Agentur für Arbeit		20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %	20. Mai 2007	20. Mai 2008	Veränderung in %
Summen bzw. Ø	373				7.342	5.941	-19,1%	6.455	5.075	-21,4%	13.797	11.016	-20,2%	55.344	55.800	0,8%	23,3%	19,8%	-3,5%	92	98	6,5%	180	171	-4,7%	130	126	-3,3%
Sachsen-Anhalt	15159	Köthen	Dessau	042.04	0	0		14	0		14	0		111			13,0%			91			212			95		
Thüringen	16051	Erfurt, Stadt	Erfurt	093.02	81	39	-51,5%	89	59	-33,7%	170	98	-42,2%	337	321	-4,8%	50,4%	30,6%	-19,8%	73	98	35,5%	164	163	-0,4%	99	115	16,2%
Thüringen	16068	Sömmerda	Erfurt	093.08	4	2	-45,1%	12	10	-16,7%	16	12	-23,8%	100	99	-1,4%	16,0%	12,4%	-3,6%	71	129	82,3%	204	161	-21,3%	97	103	6,0%
Thüringen	16070	Ilm-Kreis	Erfurt	093.04	28	18	-35,3%	15	18	22,8%	43	37	-15,1%	150	154	2,8%	28,7%	23,7%	-5,0%	72	180	151,3%	155	136	-12,2%	120	96	-19,7%
Thüringen	16071	Weimarer Land	Erfurt	093.12	34	14	-57,7%	43	31	-28,4%	77	45	-41,3%	200	195	-2,3%	38,5%	23,1%	-15,4%	75	96	27,7%	164	157	-4,3%	101	99	-1,6%
Thüringen	16052	Gera, Stadt	Gera	094.02	27	19	-30,8%	14	16	14,3%	41	35	-15,4%	147	137	-7,2%	27,8%	25,4%	-2,5%	80	74	-8,0%	160	157	-2,0%	147	167	14,0%
Thüringen	16075	Saale-Orla-Kreis	Gera	094.14	9	3	-65,8%	3	8	166,7%	12	11	-6,5%	75	80	7,0%	15,7%	13,7%	-2,0%	87	76	-12,7%	187	167	-10,7%	128	114	-10,7%
Thüringen	16076	Greiz	Gera	094.08	14	10	-27,6%	9	5	-47,2%	23	15	-35,7%	124	120	-3,1%	18,6%	12,3%	-6,3%	78	74	-5,7%	156	147	-5,9%	123	127	3,2%
Thüringen	16056	Eisenach, Stadt	Gotha	095.04	6	5	-23,4%	6	6	0,0%	12	11	-11,6%	52	52	1,8%	23,0%	20,0%	-3,0%	68	149	118,1%	149	155	3,9%	112	91	-18,0%
Thüringen	16064	Unstrut-Hainich-Kreis	Gotha	095.06	12	5	-60,1%	5	10	97,9%	17	15	-13,9%	144	139	-3,8%	11,9%	10,6%	-1,2%	61	140	127,6%	133	140	5,7%	111	103	-7,1%
Thüringen	16067	Gotha	Gotha	095.02	13	13	0,0%	15	17	13,3%	28	30	7,1%	149	152	1,4%	18,7%	19,8%	1,1%	68	154	126,5%	173	154	-11,0%	114	108	-5,5%
Sachsen-Anhalt	15357	Halberstadt	Halberstadt	043.02	2	0		20	9	-55,0%	22	9	-59,1%	119	117	-1,7%	18,5%	7,7%	-10,8%	87	71	-18,0%	184	186	1,6%	97	100	2,4%
Sachsen-Anhalt	15364	Quedlinburg	Halberstadt	043.04	9	6	-33,3%	5	3	-40,0%	14	9	-35,7%	114	123	8,2%	12,3%	7,3%	-5,0%	72	60	-17,4%	199	269	35,3%	121	94	-22,8%
Sachsen-Anhalt	15154	Bitte rtfeld	Halle	044.06	2	11	450,0%	16	17	9,7%	18	28	60,0%	170	295	74,0%	10,3%	9,5%	-0,8%	79	88	11,6%	171	199	16,4%	101	116	14,2%
Sachsen-Anhalt	15202	Halle, Stadt	Halle	044.02	73	49	-32,9%	33	37	12,1%	106	86	-18,9%	435	458	5,3%	24,4%	18,8%	-5,6%	65	80	24,0%	154	169	9,6%	131	160	21,8%
Sachsen-Anhalt	15265	Saalkreis	Halle	044.04	2	1	-50,0%	2	1	-50,0%	4	2	-50,0%	73	70	-4,1%	5,5%	2,9%	-2,6%	97	96	-1,1%	167	180	7,3%	95	96	1,8%
Thüringen	16073	Saalfeld-Rudolstadt	Jena	096.14	13	8	-38,5%	15	9	-40,0%	28	17	-39,3%	140	135	-3,3%	20,0%	12,6%	-7,4%	76	109	43,9%	167	146	-12,7%	107	105	-1,4%
Thüringen	16074	Saale-Holzland-Kreis	Jena	096.06	5	4	-20,0%	6	5	-9,1%	11	9	-14,3%	87	79	-9,6%	12,1%	11,4%	-0,6%	67	68	1,0%	145	193	33,5%	127	125	-1,7%
Sachsen-Anhalt	15303	Magdeburg, Landeshauptstadt	Magdeburg	045.02	54	32	-41,6%	86	70	-18,6%	140	102	-27,5%	353	371	5,2%	39,7%	27,4%	-12,3%	71	77	8,9%	215	207	-4,1%	113	103	-9,3%
Sachsen-Anhalt	15355	Bördekreis	Magdeburg	045.14	17	18	5,6%	16	18	15,4%	33	36	10,3%	97	215	121,4%	33,6%	16,7%	-16,9%	93	87	-6,1%	203	178	-12,2%	110	105	-4,1%
Sachsen-Anhalt	15358	Jerichower Land	Magdeburg	045.06	19	16	-15,8%	23	15	-34,8%	42	31	-26,2%	118	135	14,2%	35,6%	23,0%	-12,6%	135	132	-1,7%	184	169	-7,7%	108	95	-11,9%
Sachsen-Anhalt	15362	Ohre-Kreis	Magdeburg	045.10	11			10			21	0		99			21,2%			95			177			118		
Sachsen-Anhalt	15256	Burgenlandkreis	Merseburg	046.06	22	16	-27,3%	38	36	-5,3%	60	52	-13,3%	246	334	35,8%	24,4%	15,6%	-8,8%	79	75	-5,6%	222	194	-12,3%	97	107	10,7%
Sachsen-Anhalt	15268	Weißenfels	Merseburg	046.10	6			26			32	0		117			27,4%			63			265			113		
Thüringen	16062	Nordhausen	Nordhausen	097.02	2	6	220,9%	8	9	16,7%	10	16	57,5%	126	136	8,1%	7,9%	11,6%	3,6%	128	205	59,7%	186	161	-13,7%	114	85	-25,1%
Thüringen	16065	Kyffhäuserkreis	Nordhausen	097.08	2	3	50,0%	8	6	-25,0%	10	9	-10,0%	134	129	-3,4%	7,5%	7,0%	-0,5%	121	184	52,2%	184	144	-21,4%	111	108	-2,2%
Sachsen-Anhalt	15260	Mansfelder Land	Sangerhausen	047.04	24	19	-20,8%	31	24	-22,6%	55	43	-21,8%	154	148	-3,9%	35,7%	29,1%	-6,7%	77	85	9,8%	194	202	3,7%	107	108	0,7%
Sachsen-Anhalt	15266	Sangerhausen	Sangerhausen	047.02	6	9	50,0%	18	17	-5,6%	24	26	8,3%	91	95	4,4%	26,4%	27,4%	1,0%	74	80	8,8%	220	185	-15,9%	99	106	7,0%
Sachsen-Anhalt	15352	Aschersleben-Staßfurt	Sangerhausen	047.06	18	20	11,1%	36	33	-8,3%	54	53	-1,9%	163	170	4,3%	33,1%	31,2%	-2,0%	83	86	4,2%	177	158	-10,9%	100	108	8,4%
Sachsen-Anhalt	15363	Stendal	Stendal	048.02	38	27	-29,8%	9	9	0,0%	47	36	-24,1%	245	235	-4,1%	19,1%	15,1%	-4,0%	79	77	-2,5%	162	164	1,3%	107	103	-4,0%
Sachsen-Anhalt	15370	Altmarkkreis Salzwedel	Stendal	048.04	9	20	122,2%	26	20	-23,9%	35	40	13,4%	101	108	6,8%	35,0%	37,1%	2,2%	91	79	-13,6%	255	183	-28,1%	101	102	1,6%
Thüringen	16054	Suhl, Stadt	Suhl	098.02	0	2		0	2		0	4		46	50	9,7%	0,0%	8,3%	8,3%	74	220	197,1%	184	121	-34,1%	108	114	5,0%
Thüringen	16063	Wartburgkreis	Suhl	098.10	5	9	83,8%	8	7	-12,5%	13	16	24,5%	106	119	11,9%	12,2%	13,6%	1,4%	73	181	147,6%	186	129	-30,9%	96	93	-2,2%
Thüringen	16066	Schmalkalden-Meiningen	Suhl	098.14	11	10	-5,9%	14	18	28,6%	25	28	13,4%	130	125	-3,9%	19,3%	22,7%	3,5%	73	230	213,9%	171	133	-22,4%	86	94	9,3%
Thüringen	16069	Hildburghausen	Suhl	098.04	1	2	108,3%	1	5	400,0%	2	7	254,2%	53	55	2,9%	3,7%	12,9%	9,2%	68	221	223,5%	201	132	-34,3%	99	93	-5,4%
Thüringen	16072	Sonneberg	Suhl	098.06	6	6	2,5%	3	4	33,3%	9	10	12,8%	52	56	8,3%	17,4%	18,2%	0,7%	73	165	127,0%	178	117	-34,4%	87	99	13,8%
Sachsen-Anhalt	15171	Wittenberg	Wittenberg	049.02	11	14	27,9%	10	18	80,0%	21	32	53,0%	180	205	13,4%	11,5%	15,5%	4,0%	101	114	13,4%	148	141	-4,2%	87	87	0,7%

